

VORFRAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

NR. 39

JUNI/JULI 1979

80 Pfg. Solidaritätspreis DM 1,20

Das marktwirtschaftliche System kennt eine einzige Hauptregel: "Nur der Profit zählt". Wenn es sich in eine Krise verstrickt, müssen Millionen leiden. Wenn wegen Überproduktion von Waren der kauf-fähige Markt übersättigt ist, der Absatz stockt und die Pro-fite nicht mehr verwirklicht werden können, dann fliegen die Kollegen auf die Straße. Die Unternehmer kümmern wenig, wie die Entlassenen danach über die Runden kommen. Mehr als 8 Millionen Menschen haben es in den letzten 5 Jahren schon am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, arbeitslos zu sein. Täglich kommen Tausende hinzu: Sie müssen sich ein-schränken, weil sie plötzlich um

ein Drittel ihres bisherigen Nettolohnes beraubt werden. Sie müssen Schulden machen und kommen mit Miet- und Raten-zahlungen in Verzug. Neue Arbeit gibt es - wenn über-haupt - meist nur zu schlech-teren Bedingungen und zu ge-ringerem Lohn. Die manchmal lange ergebnislose Sucherei nach einer Arbeit führt zu De-moralisierung und Verzweif-lung, weil man sich zum alten Eisen geworfen fühlt. Familien-tragödien sind nicht selten.

Doch die Opfer der Krise haben diese nicht verursacht. Sie sind unschuldig an ihrer Situation. Sie haben meistens fleißig, pünktlich und hart ge-arbeitet - bis zu ihrem Raus-schmiß! Deshalb haben sie ein

ALLE ARBEITSLSEN BRAUCHEN ARBEIT ODER VOLLEN LOHN

Anrecht auf einen angemesse-nen und gesicherten Lohn, mit dem sie Wohnung, Kleidung, Urlaub und Lebensunterhalt be-streiten können. Wenn die Un-ternehmer es mit ihrem Syst-em nicht fertigbringen, jedem Arbeitssuchenden einen siche-ren Arbeitsplatz anzubieten - dann sollen sie ihre "Verant-wortung" abgeben! Wenn sie es nicht schaffen, jedem Kolle-gen den vollen Lohn in jeder Lage zu bezahlen - dann ist es Zeit, sie zu entmachten! Wenn der Kapitalismus mit seinen blinden, chaotischen und zerstöre-rischen "Marktkräften" keine Vollbeschäftigung, keine unge-störte Produktion dringend not-wendiger Waren und keine kris-enfreie Zukunft mehr zustande

bringt - dann darf die Arbeiter-bewegung nicht mehr länger -warten: sie muß den Kampf auf-nehmen für eine sozialistische Gesellschaft, in der die Pro-duktion bewußt geplant, regu-liert und kontrolliert wird. Eine Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkon-trolle und -verwaltung könnte jedem einen sicheren Arbeits-platz bieten. "Selbstverbrennung aus Ver-zweiflung über Arbeitslosigkeit" - diese Schlagzeile könnte nie wieder vorkommen. Doch eine solche Gesell-schaft kommt nicht von selbst. Sie muß von der Arbeiterbewe-gung erkämpft werden: Unsere unmittelbaren Forderungen sind klar:

- *Arbeit für alle - oder den vollen Lohn!
- *Mindestlohn von 1.300DM für jeden!
- *Keine Entlassungen - sondern die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände!
- *Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Wenn die Unternehmer uns diese elementaren Forderungen nicht erfüllen können (oder wol-len) dann müssen wir sie zum Abtreten zwingen:
- *Für die Verstaatlichung der Großkonzerne, der Schlüssel-industrien, der Banken und Ver-sicherungen!
- *Für eine sozialistische Plan-wirtschaft unter demokratisch-er Arbeiterkontrolle und -ver-waltung!

von Greg Powell, SPD-Mitglied, Hamburg



MASSENENTLASSUNGEN BEI BSI IN REMSCHEID

"31 Jahre lang habe ich in die-sem Laden gearbeitet! Ich hab' mir für die Firma die Knochen gebrochen, die Ferse für immer kaputt gemacht und mein Knie ist auch hin... und jetzt das. Wir kriegen einen Tritt in den Arsch! Ist das der Dank? Wird so die langjährige Treue zur Firma ge-lohnt? Eine Schweinerei ist das! Die Geschäftsleitung spricht von schlechter Absatzlage. Wenn du mich fragst, ist es aber die reine Machtkonzentration von Thyssen; das haben die schon lange geplant..."

So verbittert reagierte ein Kol-lege auf die Nachricht, daß die Stahlguß-abteilung der Bergischen Stahlindustrie (BSI) in Remscheid dicht gemacht werden soll. 400 Arbeiter und 100 Ange-stellte der Thyssen-Tochterfirma wer-den in den nächsten 12 Monaten nach und nach auf die Straße fliegen. Die Nachricht traf sie ziemlich unvorberei-tet. Noch am 19. Mai hatte eine Be-triebsversammlung stattgefunden, auf der die Geschäftsleitung kein Sterbens-wörtchen von ihren Plänen verlauten ließ. Am 29. Mai stand dann die Hiob-sbotschaft in der Lokalpresse, und erst

einen Tag später wurde eine außeror-dentliche Belegschaftsversammlung ein-berufen, bei der den Kollegen reiner Wein eingeschenkt wurde.

"Die Grundlage einer weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit ist schwer in Zweifel gezogen worden. Noch am 19.5. wurde uns auf 'Treu' und Glauben versichert, daß keine Gefahr für Arbeitsplätze bestünde. Erst am 23.5. um 9.00 Uhr wurde die Schock-methode angewandt und der Betriebs-rat ins Vertrauen gezogen", beklagte sich der Betriebsratsvorsitzende in einer kurzen Ansprache. Doch weiter wußte er auch nichts anzubieten: "Zu ändern ist jetzt nichts mehr, da ist alles schon gelaufen und klar."

Entsprechend reagierte die Be-legschaft auf die langatmigen Ausführ-ungen der Geschäftsleitung: stumm und betroffen. Wenn schon dem Be-triebsrat und den anwesenden IG-Me-tall-Vertretern nichts einfiel (außer der Vertröstung auf einen "noch auszuhandel-nen Sozialplan" und dem Rat: "nicht vorzeitig kündigen, weil ihr sonst nicht in den Genuß des Sozialplans kommt!"), wie soll man dann von den im Reden un-

geübten Kollegen erwarten, daß sie sich zu Wort melden? Wenn schon die IG Metall keinen Widerstand gegen die Massenentlassungen organisiert, wie soll man dann von einer kampfuner-fahrenen Belegschaft erwarten, daß sie sich spontan zur Wehr setzt?

Bei den Kollegen besteht jedoch ein regelrechter Informationsdurst über die wahre Situation. Dies wurde bei ei-ner Flugblattaktion der Remscheider Jungsozialisten deutlich. In der Nacht vor der Belegschaftsversammlung hatten sie noch ein Flugblatt gedruckt, das ihre Solidarität mit den Opfern der Massenentlassungen zum Ausdruck brachte.

Das Flugblatt wurde morgens um 5.30 Uhr verteilt und fand so reißenden Absatz, daß bis zum Nachmittag noch-mals 500 Exemplare nachgedruckt wer-den mußten. Einige Kollegen, die be-reits am Vormittag ein Flugblatt er-halten hatten, reagierten enttäuscht, daß sie dasselbe Flugblatt mittags noch-mal erhielten: "Das ist ja das selbe wie heute früh. Wir dachten, ihr hättet ein neues! Wißt ihr nichts genaueres?" Wir wußten nichts genau-eres - und wissen es bis heute nicht! Denn die Geschäftsleitung kann viel erzählen, solange das "Geschäftsge-heimnis" besteht. Solange die Arbeiter und Angestellten und ihre Organisatio-nen nicht das Recht haben, jederzeit Einblick in die Geschäftsbücher zu er-halten, können die Unternehmer unbe-helligt Massenentlassungen planen und

ganze Belegschaften vor vollendete Tatsachen stellen!

Wir wissen aber eines: NIEMALS DÜRFEN WIR EINFACH BLINDGLÄU-BIG AUF VERSPRECHUNGEN DER UNTERNEHMER VERTRAUEN! Sie verfolgen ihre Profitinteressen, mach-en Zweckpropaganda, arbeiten mit Halbwahrheiten und notfalls Lügen, wenn sie sich dadurch einen Vorteil versprechen.

Wir behaupten: Die Pläne für die Stilllegung lagen schon monatelang fix und fertig in den Schubladen der Chef-etagen des Thyssen-Konzerns.(Forts. S. 2)

ARTIKEL ÜBER

Kampf gegen Absperrung	5.3
SPD-Programm	5.4
Weltwirtschaftsentwicklung	5.5
Kapitalistische EG	5.6
Parteitag der PSOE	5.7
Kleinbetriebe (Iund2)	5.8
Kirche und Gewerkschaft	5.8

VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen, H. G. Öfinger, Nr. 170 20 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger
Druck: Gegendruck Essen

ih'r da oben...
... wir da unten

»Dialektik – exklusiv für Topmanager«

"Jeder Manager ist in zunehmendem Maße mit Schwierigkeiten und Problemen konfrontiert, die mit Hilfe logischer Argumentation nicht gelöst werden können. Hier zeigt die Dialektik völlig neue Wege zur Bewältigung dieser Widersprüche..."

Für Marxisten ist Dialektik eine wissenschaftliche Methode für die Analyse von natürlichen und gesellschaftlichen Prozessen und Entwicklungen, die durch Gegensätze und Widersprüche vorangetrieben werden und an einem gewissen Punkt stets abrupt zu einem plötzlichen Sprung auf eine neue Stufe der Entwicklung führen. — Manche Philosophen unter den alten Griechen verstanden unter dem Begriff "Dialektik" allerdings etwas ganz anderes - nämlich die Kunst, Falsches als ... Wahres auszugeben!

Im Spiegel 15/79 wirbt jetzt eine Firma "manager Fitness-Reisen" für einen 5tägigen Sonderkurs "exklusiv für Herren des Topmanagements" (!) ("Damen sind herzlich eingeladen"; wozu eigentlich - zum Kurs oder zum "Vergnügen danach"?). Thema des Managertainings: DIALEKTIK UND KONFLIKT MANAGEMENT (s. o.)

Welche Art der Dialektik geschult werden soll, wird aus dem angepriesenen "Tagungsinhalt" deutlich: "Die Kunst, recht zu behalten ... Überzeugen und Überreden - Die Technik des Verdrehens der Streitpunkte - Demagogie in der Praxis der Auseinandersetzung... Faire und unfaire Methoden der Auseinandersetzung..."

Damit sich in den "exklusiven" Kreis der zu schulenden Demagogen und Streitpunkte-Verdreher auch ja kein Arbeiter hineinverirrt (oder einschleicht?), wurde ein wahrlich fürstlicher Preis festgesetzt: "2.500" - ohne Angabe der Währung(?).

Wir wissen jetzt jedenfalls, was wir in Zukunft von den (nach Griechen-Art) "dialektischen" Argumenten der Unternehmer wie: "Streiks machen die Wirtschaft kaputt" oder: "Inflation entsteht durch die Lohn-Preis-Spirale" zu halten haben (falls wir diese nicht schon früher durchschaut haben).... Bei diesen Herren kann unserer Meinung nach kein allzu großer Bedarf mehr an dem angebotenen Schulungsthema bestehen. Sie beherrschen es schon...

Aber vielleicht besteht bei einigen Gewerkschaftsführern Interesse an einer diesbezüglichen Weiterbildung? Auf ihre hohen Gehälter angesprochen, pflegen diese Kollegen ihre Stellungen ja hin und wieder mit "Spitzenpositionen in der Industrie" zu vergleichen, wo sie angeblich noch viel mehr verdienen könnten, stünden sie nicht aus tiefster innerlicher Überzeugung an der Seite der Arbeiterbewegung. Vielleicht erhalten sie nach höflicher Anfrage unter Hinweis auf ihre dem Topmanagement vergleichbaren Positionen Zutritt zum erlauchten Kreis der Teilnahmeberechtigten? Eine gehörige Portion von der "Kunst, Falsches als Wahres auszugeben" könnten sie nämlich schon noch vertragen. Denn vielen Kollegen kämen ihre Versuche, ihnen die 5jährige Festschreibung der wöchentlichen Regelarbeitszeit auf 40 Stunden als "historischen Einstieg in die 35-Stunden-Woche" zu verkaufen, doch ein wenig zu plump vor.....

Entlassungen bei BSI (Fortsetzung von Seite 1)

Der Belegschaft wurden die Pläne bewußt verschwiegen. Es wurde nur ein günstiger Zeitpunkt abgewartet, um sie durchzuführen. Der Thyssen-Konzern hat schon in der Vergangenheit verschiedentlich kleinere Konkurrenzunternehmen geschluckt - und dann stillgelegt! Eine ähnliche Strategie hat er jetzt mit der Stahlgußabteilung der BSI verfolgt, die er in den vergangenen Jahren nach und nach aufgekauft hat. Obwohl BSI mit ihrem Stahlguß bis nach den Sommerferien durch einen großen China-Auftrag voll ausgelastet ist, wird dieser stillgelegt:

"... weil die Anschlufaufträge fehlen", sagt die Geschäftsleitung —

"... weil Thyssen rationalisiert, seinen Stahlguß anderswo konzentriert, in bestimmte Zweigwerke nicht mehr investieren will (und sie somit bewußt veralten läßt), damit sie nach einiger Zeit dichtgemacht werden können", behaupten wir! —

Das geschieht alles entsprechend der "Logik" der Marktwirtschaft. Die BSI-Belegschaft muß jetzt eine bittere Pille schlucken. Andere Betriebe - auch in Remscheid - werden in den nächsten Jahren noch folgen müssen - solange die kapitalistische Marktwirtschafts-Unordnung nicht durch eine bewußt und vernünftig geplante sozialistische Wirtschaftsordnung unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung ersetzt wird.

Die BSI-Kollegen nehmen die Situation noch geschockt und passiv hin. Vielleicht machen sie sich auch Hoffnungen darauf, irgendwo anders unterzukommen. Vielleicht werden auch wirklich 300 der 500 zu entlassenden Kollegen - wie versprochen - vom Nachbarbetrieb Thyssen-Umformtechnik übernommen. Aber was passiert mit den anderen 200? Was geschieht, wenn bei Thyssen-Umformtechnik in einigen Jahren ebenfalls "die Anschlufaufträge fehlen"?

Die Remscheider Arbeiterbewegung wird in der Zukunft noch viele ähnlichen Erfahrungen machen müssen. Sie wird jedoch Massenentlassungen nicht ewig widerstandslos hinnehmen. Dann wird es der Geschäftsleitung nicht mehr möglich sein (wie in diesem Fall geschehen) auf einer Betriebsversammlung zu sagen: "... möchten wir uns für die Bemühungen von Betriebsrat und Gewerkschaft ausdrücklich dafür bedanken, daß die Ruhe im Hause gehalten werden konnte!"

von Kurt Pfeifle



Carstens neuer Bundespräsident – Strauß Kanzlerkandidat?

Stehen wir vor einem Rechtsruck in der BRD?

Am 30. Jahrestag des Grundgesetzes wurde in Bonn mit Karl Carstens ein ehemaliges NSDAP-Mitglied zum obersten Repräsentanten der bundesdeutschen Demokratie gewählt. In den letzten Monaten sind des öfteren Zusammenrottungen neofaschistischer Gruppchen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Im Grundgesetz "garantierte" Bürgerrechte werden immer mehr eingeschränkt. Alte Nazi-Mörder werden vor bundesdeutschen Gerichten von ihren Untaten freigesprochen. Nazi-Greueln sollen durch Verjährung ungestraft bleiben. Bundeswehr, Grenzschutz und Polizei werden systematisch aufgerüstet und für "innenpolitische Notstandsfälle" trainiert. Der Erzreaktionär F. J. Strauß scheint ernsthaft die Kanzlerkandidatur für die CDU/CSU anzustreben. Was bedeutet dies alles? Stehen wir vor einem politischen Rechtsruck in der BRD? Erleben wir gegenwärtig die Anfänge einer neuen faschistischen Machtergreifung?

Viele Kollegen und Genossen in DGB und SPD machen sich ernste Sorgen über diese Tatsachen. Sie befürchten Schlimmes. Doch für eine einseitige Betrachtung der Entwicklungen besteht kein Anlaß. Denn auf der anderen Seite der Gesellschaft regt sich auch der Widerstand:

- *Die Carstenswahl erregte die
- *Empörung Hunderttausender von Jugendlichen und Gewerkschaftern. In Bonn fand eine 2000-köpfige Protestdemonstration statt.
- *Nach der Fernsehsendung "Holo-caust" finden die jahrelang unbeachteten Traditionstreffen alter Nazis nur noch unter Protest und vor der Kulisse von massenhaften Gegendemonstrationen statt.
- *Initiativen von Jungsozialisten,
- *Gewerkschaftsjugend und anderen Jugendverbänden zur Verteidigung der Grundrechte finden ein zunehmendes Interesse.
- *Die Arbeiterbewegung radikalisiert sich wieder, um sich gegen die Angriffe auf ihre Errungenschaften zur Wehr zu setzen.
- Wie der Stahlstreik und andere Ereignisse andeuten, findet innerhalb der Gewerkschaften eine allmähliche Verschiebung von einer sozialpartnerschaftlichen zu einer klassenkämpferischen Politik statt.

Von einem allgemeinen Rechtsruck der Gesellschaft zu sprechen ist deshalb falsch. Vielmehr hat eine Entwicklung der Polarisierung der Gesellschaft angefangen, die sich im nächsten Jahrzehnt noch weiter zuspitzen wird. Die Bundesrepublik steht vor einer Kette scharfer Klassenkämpfe, schwerer politischen Auseinandersetzungen und tiefer wirtschaftlicher und gesellschaft-

licher Krisen, die in den genannten Vorgängen ihre Anfänge finden.

Die weitsichtigeren Strategen der herrschenden Klasse wissen längst, daß die goldenen Aufschwungjahre des bundesdeutschen "Wirtschaftswunders" vorbei sind. Und sie wissen auch, daß die Tage einer zähmen und in das System integrierten Arbeiterbewegung damit gezählt sind.

Es ist gerade diese Angst vor einer langsam aufwachenden Arbeiterbewegung, die die Unternehmer in Aufregung versetzt. Sie überlegen, wie sie ihre Machtinstrumente - Armee, Polizei, Verwaltung und eine Regierung, die über den Einsatz dieser Mittel ohne zu zögern verfügt - so mit Rechten und Befugnissen ausstatten können, damit sie kommende Machtkämpfe mit der Arbeiterklasse abwehren können. Die Unternehmer rüsten ihren Staat auf, weil sie die Stärke der Arbeiterklasse fürchten!

Die bisher in diesem Sinne getroffenen Maßnahmen (Notstandsgesetze, Radikalerlaß) sind nur die Vorbereitung der herrschenden Klasse auf eine sich allmählich vollziehende Polarisierung in der Gesellschaft, und auf die daraus folgenden Auseinandersetzungen. Jede kapitalistische Gesellschaft versucht, sich mit der Erweiterung der staatlichen Befugnisse vor einer drohenden Krise zu schützen. Die Bundesrepublik ist dabei keine Ausnahme. Ähnliche Maßnahmen sind auch in anderen Industriestaaten zu beobachten.

Wenn in der CDU/CSU jetzt ein Streit um die Kanzlerkandidatur entbrannt ist und um die

Frage der gemeinsamen "Strategie", so widerspiegelt dies eine gewisse Unsicherheit der bürgerlichen Politiker gegenüber der Frage: Wie kann die erwachende Arbeiterbewegung am besten in Schach gehalten werden? Strauß steht als Stellvertreter für eine harte Politik der Konfrontation mit den Gewerkschaften und für brutale Kürzungen im Sozialbereich. Seine "Gegner" befürchten, daß ein zu harter Kurs nur den Widerstand einer starken Arbeiterklasse provozieren und anheizen würde. Sie sind für eine "vorsichtigeren" Gangart. Sie wissen, daß die Konservative Regierung von 1970-74 in Großbritannien mit einer Strauß-ähnlichen Politik durch den Generalstreik der Bergarbeiter wieder gestürzt wurde.

Die führenden Köpfe der herrschenden Klasse bereiten sich auf die kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vor. Die Arbeiterbewegung muß sich ebenfalls vorbereiten. Sie sollte die Maßnahmen des Staatsapparates als ein ernstes Warnzeichen betrachten. Zu Pessimismus besteht jedoch kein Grund. Die Arbeiterklasse ist heute in der BRD die stärkste potentielle Kraft in der Gesellschaft. Sie beginnt aus einem langen Erholungsschlaf zu erwachen und sich ihrer Stärke bewußt zu werden. Wenn sie um ein gemeinsames Ziel vereinigt und unter einer bewußten sozialistischen Führung ihre gesamte Macht geballt in die Waagschale werfen kann, dann wird sie keine Macht der Erde mehr aufhalten können. Dann wird sie noch im nächsten Jahrzehnt Schluß machen können mit:

- * einem System, das immer wieder den Nährboden für faschistische Banden hervorbringt.
- * einer Klassengesellschaft, deren Herren wenig auf demokratische Rechte geben, wenn ihre Macht und ihre Rechte bedroht sind.
- * einer Wirtschafts-"Ordnung", die in den nächsten Jahren nur Krisen, Betriebsstilllegungen, Lohnkürzungen, Abbau von Sozialleistungen und Massenarbeitslosigkeit hervorbringen wird.

von Ingolf Becker

»Kampffonds«

REGELMÄSSIGE Spenden benötigt!

Im Vergleich zu den Vormonaten sind die Einnahmen auf unserem Spendenkonto im vergangenen Monat erfreulich angestiegen. Erstmals sind wir ziemlich nah an unser monatliches Ziel von 1 400,- DM herangekommen, nämlich mit einem Aufkommen von insgesamt 1 208,57 DM.

Von den zahlreichen kleinen und größeren Spenden, die uns erreichten, seien hier nur einige stellvertretend genannt:

- der VORAN-Diskussionskreis in Crailsheim (BaWü) schickte uns 80,-DM;
- von Kölnern VORAN-Anhängern erhielten wir 289,-DM;
- aus Unna-Fröndenbergl (NRW) gingen 24,90 DM ein.

Einzelspenden erhielten wir u.a. von:

- Bernd Büllesbach, Drucker, 25 DM;
- Reinhard Will, Universalfräser, Betriebsrat, 10 DM;
- Kurt v. Kleef, Stahlarbeiter, 20 DM;
- Heiner Huber, Stahlarbeiter, BR-Mannesmann-Duisburg 15 DM;
- August Weider, Pensionär, SPD OV-Vorsitzender 4,80 DM;
- Marion Baumann, Studentin 5 DM;
- Greg Powell, Lehrer, 50 DM.

Insgesamt verteilen sich die Einkünfte aus den Regionen wie folgt:

NORD	MITTE	SÜD
352,67	614,90	241,-

In der vorletzten Ausgabe haben wir an dieser Stelle angeregt, mit

SPENDENKONTO:
Angela Bankert, Pscha, Essen
2422 50 - 432

Hilfe von Sammelisten regelmäßig und systematisch Spenden zu sammeln. An vielen Orten ist dies bereits aufgegriffen und erfolgreich angewandt worden. Aktive Kampffonds-Helfer in Remscheid haben schon eine ganze Reihe Sympathisanten und Leser von VORAN angesprochen - und fast alle haben sich in die Sammelisten eingetragen und sich damit zu einer monatlichen Spende verpflichtet. Die Höhe der Spenden schwankt zwischen 2,50 DM und 40 DM monatlich.

Die Remscheider Genossen haben sich vorgenommen, auf diese Weise monatlich mehrere 100 DM einzusammeln.

Überall dort, wo diese Aktion noch nicht angelaufen ist, sollte dies unbedingt sofort nachgeholt werden.

Schreibt uns auch, welche Erfahrungen ihr mit diesen Sammelisten gemacht habt, natürlich auch, wenn ihr weitere Anregungen habt.

Ein kräftiger frischer Wind aus den Betrieben wehte wenige Tage vor dem 1-Mai bei einer Veranstaltung zum Thema "Aussperrung", zu der der Arbeitskreis Betriebe der Aachener Jungsozialisten eingeladen hatte.

Jüngere und ältere Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften (IGM, HBV, ÖTV, IG Bau, Steine, Erden), darunter viele Betriebs- und Personalräte, waren erschienen, um dazu ein Referat des Kollegen Hinrichs (IG-Metall Bundesvorstand) anzuhören und ihre Meinung zur Aussperrung wie auch anderen aktuellen gewerkschaftlichen Fragen zu sagen.

Der Kollege Hinrichs, Jurist und hauptamtlicher Referent beim IG-Metall Bundesvorstand, wies in seinem Referat darauf hin, daß sich bei einer Umfrage 80% für Streikrecht und 60% für Aussperrungsverbot ausgesprochen hätten. Die Aussperrung sei eine Menschenrechtsverletzung, sie würde nirgends ausdrücklich garantiert. Es gäbe auch kein Bundesgesetz, das das Aussperrungsverbot in der hessischen Landesverfassung brechen würde.

Kollege Hinrichs berichtete weiter, daß in Nordwürttemberg nach der letzten Massen-Aussperrung von 34.000 IG-Metall-Kollegen Einzelklagen abgegeben wurden. In erster Instanz entschieden 6 Kammern gegen Aussperrung, 15 Kammern dafür. In zweiter Instanz gab es dann nur noch eine positive Entscheidung, dagegen aber sechs ablehnende.

Er verwies noch einmal darauf, daß die Aussperrung viele Illusionen über die Montanmitbestimmung angeknackst hätte und daß am 12. Dezember letzten Jahres bei zahlreichen Solidaritätskundgebungen in ganz Nordrhein-Westfalen die Bereitschaft zur Aktion gegen Aussperrung deutlich wurde. Aller-

Wer als Arbeitnehmer oder einfaches SPD-Mitglied die Zeit findet, um das Programm der SPD für die Europawahl durchzulesen, der wird sich wohl darüber freuen, daß in dieser fast 100seitigen Broschüre doch einige Forderungen enthalten sind, die den Erwartungen vieler Parteimitglieder und aktiver Gewerkschafter entgegenkommen. Unter dem (Ein-)Druck des damaligen Stahlarbeiterstreiks hatte der Kölner Parteitag im letzten Dezember ein Programm verabschiedet, das bei vielen konservativen Blättern und Politikern auf heftige Kritik stieß.

Mancher Kollege wird aber auch zurecht sagen:

Worte habe ich schon viele gehört, ich will aber endlich Taten sehen.....

"Die Politik des Lohnverzichts löst keines der anstehenden Probleme, die SPD wird sie wie bisher bekämpfen", heißt es so schwarz auf weiß in diesem Programm. Wenn die SPD es damit wirklich ernst meint, dann muß sie beispielsweise in der Lohnrunde mit aller Kraft hinter solchen Forderungen stehen, die wirklich keinen Lohnverzicht bedeuten. Dann muß aber Schluß damit sein, daß offizielle Sprecher und Minister einer SPD-geführten Regierung immer wieder zum "Gürtelenger-Schnallen" aufrufen und rechtfertigen, daß die Unternehmensgewinne doppelt so stark steigen wie unsere Löhne. Und ist es nicht auch Lohnverzicht, was die Arbeitslosen erleiden? Ist der ganze Zickzack um den "Zumutbarkeitslaß" dann ein Beitrag zur Bekämpfung dieses Lohnverzichts?

"Ziele einer schrittweise durchzusetzenden tariflichen Arbeitszeitverkürzung sind die 35-Stunden Woche und die Verlängerung des Jahresurlaubs... Es ist erforderlich, einen wachsenden Teil der Arbeitsmarktproduktivität in Arbeitszeitverkürzung weiterzugeben."

Auch solche Absichtserklärungen sind zu begrüßen. Wo aber bleiben die Konsequenzen? Welche Initiativen wollen unsere Genossen in der Bundesregierung ergreifen, um die Folgen der Ratio-

Veranstaltung der Aachener Jusos:

„WIE SOLL MAN GEGEN DIE AUSSPERRUNG KÄMPFEN?“

dings plant die IG-Metall-Führung nicht, mit der Forderung nach Aussperrungsverbot offensiv nach Bonn zu gehen: Hinrichs nannte hierfür zwei Argumente;

Es gebe keine parlamentarische Mehrheit.

Die Reaktion (sprich CDU/CSU) würde dann ihre Pläne für ein reaktionäres Verbändegesetz verwirklichen wollen, um die gewerkschaftlichen Freiheiten einzuschränken.

Insgesamt blieb bei vielen Zuhörern der Eindruck haften, daß der Kollege Hinrichs zwar viele interessante Informationen brachte, aber allzu sehr aus der formalen Sicht eines Juristen sprach und nicht vom Standpunkt eines betrieblichen Kämpfers.

Umso lebendiger waren dafür die Diskussionsbeiträge der anwesenden Gewerkschafter: "Da haben wir einen Haufen von Soziologen und Juristen, die haben alles gelernt, nur nicht zu kämpfen. Die einen gehen zu den Arbeitgebern, die anderen zu den Gewerkschaften. Wenn ihr nicht aufpaßt, dann habt ihr 10.000 Kollegen im Blaumann da, die zeigen euch, was Sache ist!" So sagte gleich der erste Redner. "Im kapitalistischen System ist die Menschenrechtsverletzung mit eingeplant. Denn was ist dies für ein Staat, der Neo-Nazis frei herumlaufen läßt?" fragte ein weiterer Diskussionssteilnehmer.

Ein anderer wiederum griff die landesweite Aktion gegen die Aussperrung am 12.12.'78 auf und

kritisierte, daß man die damals vorhandene Mobilisierung weit über die IG Metall hinaus (HBV, ÖTV) auf einmal abgebrochen hat: "Warum wurde diese Solidaritätswelle nicht ausgenutzt, warum wurde hier nicht weitergemacht?"

"Über die Rechtsprechung in einem bürgerlichen Land brauchen wir uns nichts vorzumachen", mit diesen Worten warnte ein Kollege vor Illusionen, daß man mit den Auseinandersetzungen auf juristischer Ebene den wirklichen Macht

Gesetze von den Herrschenden gemacht und dienen nur ihren Interessen. Wir Arbeiter brauchen aber Gesetze, die uns nützen. Wir brauchen ein eigenes Recht. Wir müssen uns ein neues Recht schaffen - gerade bei der Aussperrung. Und neues Recht wird immer nur durch Rechtsbruch des alten Rechts geschaffen..." mit diesen Worten faßte ein Betriebsrat die Meinung der Mehrheit der Anwesenden zusammen.

"Juristische Auseinset-



kampf an der Basis, in den Betrieben, überflüssig machen könnten.

"Recht und Gesetz sind doch letztlich nur Widerspiegelungen der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Auch bei uns sind die

zungen - das ist letztlich nur Spiegelfechterei. Wir dürfen uns nur auf unsere eigene Kampfkraft verlassen. Was nützt es, wenn wir die schönsten juristischen Argumente haben, aber keine Macht hinter uns steht? Die Unternehmer und

Fragen an das SPD-Programm zur Europawahl

nalisation aufzufangen? Die Zeit drängt, und die Rationalisierungswelle rollt mit aller Kraft weiter.

"Es ist daher unumgänglich, die Aussperrung zu verbieten."

Auch mit dieser Forderung hat sich die SPD bei bürgerlichen Interessenvertretern viel Kritik verdient. Aber von nichts kommt nichts. Was würde dagegen sprechen, daß die Genossen in Bonn klipp und klar für ein Verbot eintreten und diese Forderung entsprechend im Bundestag einbringen, natürlich in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die den Druck aus den Betrieben organisieren und koordinieren müßten...?



Man sollte selbstverständlich auch im Europaparlament eine Debatte über die Aussperrung erwirken, aber Tatsache ist und bleibt, daß die Bundesrepublik das aussperrungsreichste Land in Europa ist und die gesetzliche Zuständigkeit auch nach der Europawahl beim Bundestag bleibt.

Es ist gut, wenn die SPD gewerkschaftliche Forderungen aufgreift. Es darf aber nicht dazu kommen, daß sich SPD- und Gewerkschaftsführung nur gegenseitig die heißen Kartoffeln weitergeben oder gar - den schwarzen Peter zuschieben, anstatt Nägel mit Köpfen zu machen.

"Das dichte Netz der sozialen

Sicherung, das... z.B. in der Bundesrepublik erreicht worden ist, darf nicht gefährdet werden." Auch diese Forderung kann nur dick unterstrichen werden. Aber auch schon in den 20er Jahren hatten die Sozialdemokraten soziale Sicherheit und Wohlstand für alle gewilmscht - und doch machte die kapitalistische Weltwirtschaftskrise wieder alle frommen Wünsche und Hoffnungen zunichte. Solange die bestehenden sozialen Sicherungen und Sozialleistungen eng an den unberechenbaren kapitalistischen Wirtschaftsablauf geknüpft sind, bleiben sie eben vorläufig und unsicher. Wer garantiert uns denn, daß die nächste wirtschaftliche Krise nicht noch größere Löcher

in die öffentlichen Haushalte, die Rentenversicherung und den gesamten Sozialbereich reißt und dann das ganze "soziale Netz" wieder aufgefädelt wird?

Im wirtschaftlichen Teil des Programms stoßen wir auf ein großes Sammelsurium von Ideen, Vorschlägen und Rezepten. Daß die bestehenden Konzerne, vor allem die multinationalen, eine riesige Macht darstellen, die in immer weniger Händen konzentriert ist und uns allen unseren Willen aufzwingt, vor dieser Tatsache können auch die Verfasser des Programms nicht die Augen verschließen. Doch wie soll man sich dann

den "Abbau von bestehenden Machtpositionen" vorstellen?

Eines der aufgeführten Patentrezepte ist offensichtlich die "Schaffung eines gemeinschaftseigenen, mit juristischen und technischen Möglichkeiten ausgestatteten Instruments zur Kontrolle der Tätigkeit großer Unternehmen..."

Letzten Endes hieße dies aber nichts anderes, als daß man mit unseren Steuergeldern und einem Heer von europäischen Beamten einen riesigen Apparat aufbauen soll, der sozusagen von außen her beobachten, mutmaßen und herausfinden soll, was denn wohl an der Konzernspitze so alles vor sich geht, wie die Investitionspläne sind und vieles mehr.

Statt wirklichen Einblick der Arbeiter und Angestellten in die Geschäftsbücher zu fordern, will man nur eine "Einhaltung der Wettbewerbsregeln" zwischen den kapitalistischen Großkonzernen erreichen, ohne freilich zu sagen, was zu tun sei, wenn sich die Konzernmanager nicht einfach von einigen Euro-Beamten etwas vorschreiben lassen wollen.

Wenig später taucht dann ein altbekannter Satz auf, den wir schon aus dem Godesberger Programm kennen: "Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeinordnung zweckmäßig und notwendig."

Also endlich ein Durchbruch, möchte man meinen. Denn wo gibt es überhaupt noch eine "gesunde" Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse? Wer könnte eine Arbeitslosenzahl von mindestens 6 Millionen in der EG als "gesund" bezeichnen? Und mit wieviel verschiedenen Mitteln hat man nicht schon ergebnislos versucht, eine "gesunde" Ordnung herbeizuführen? Gegen die zunehmende Machtkonzentration in den letzten Jahrzehnten haben die anderen Mittel kläglich versagt. Spricht da nicht schon allein der gesunde

die Richter würden nur darüber lachen! Kollegen, ihr wißt - Recht haben und Recht kriegen waren schon immer zwei verschiedene Paar Stiefel! Wenn die Gewerkschaft keinen direkten Kampf an der Basis organisiert, dann wird die Aussperrung "ewigen Bestand haben".

"Vor Gericht können wir nur siegen, wenn wir den Kampf auch von der Basis aus unterstützen. Da - bei uns selbst - muß das Hauptgewicht liegen!"

Von ihrer Meinung her waren die Kollegen also alle gegen die Aussperrung eingestellt. Die Diskussion drehte sich um die zentrale Frage: Wie soll man den Kampf dagegen am besten führen? Kollege Hinrichs stand mit seinen rein juristischen Argumenten ziemlich isoliert da und mußte sich von den Anwesenden entsprechend viel (aber kollegiale) Kritik anhören. Diese hatten auch gleich mögliche Kampfmittel zur Abwehr von Aussperrungen parat: sie schlugen "Verweigerung des Not- und Instandhaltungsdienstes", "eine Betriebsbesetzung" oder "Ausrufung eines Generalstreiks" als Möglichkeiten vor. Kollege Hinrichs versicherte, daß man im IGM-Vorstand ebenfalls langfristige Überlegungen anstelle, die sich mit der Aussperrungspraxis der Unternehmer beschäftigten: dabei werde vor allem eine "mögliche Kürzung der Streikunterstützung erwogen, damit die Organisation nicht finanziell ausgeblutet wird"(!)

Alles in allem war es eine lebendige und frische Diskussion, die zeigte, welche Gedanken gewerkschaftliche Aktivisten gegenwärtig bewegen und daß sich langsam, aber sicher die Stimmung in den Gewerkschaften verändert.

von Angela Bankert, Juso-Vorstandsmitglied UB Remscheid

Menschenverstand für Gemeinverstand der Schlüsselindustrien und Großbanken?

Aber schon im nächsten Satz wird dies wieder stark eingeschränkt: "Öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen sollen besonders dort tätig werden, wo die Prinzipien der Gegenmacht oder der Gemeinwirtschaftlichkeit dies gebieten, private Initiative fehlt oder über große Risiken bei anerkanntem gesellschaftlichen Bedarf vorliegen."

Man kann das wohl so auffassen, daß darauf verzichtet wird, die bestehende Machtkonzentration in den Händen weniger Personen, Familien oder Gruppen anzutasten. Allenfalls sollen - mit unseren Steuergeldern - öffentliche Gegenunternehmen zu den riesigen Konzernen geschaffen werden, der Staat darf dort einspringen, wo private Kapitalbesitzer wegen zu geringer Profitaussichten oder zu großer Risiken nichts reinstecken wollen.

Bei allen wohlklingenden Worten bedeutet dies letzten Endes: Wo Gewinne zu holen sind, da sollen die Privaten ruhig weiterschneideln - Verluste und Risiken aber werden zum "Gemeineigentum" der breiten Masse von Steuerzahlern (sprich: Arbeiter und Angestellte).

Mit einer derartigen Ohnmacht einer Kapitulation vor der Macht der europäischen Großkonzerne kann sich aber kein Sozialist, kann sich kein ehrliches SPD-Mitglied zufrieden geben.

Das Programm zeigt einige begrüßenswerte Ansätze, es enthält viele Forderungen, die in die richtige Richtung weisen. Aber dennoch drückt es sich an den entscheidenden Fragen vorbei. Denn solange die sozialdemokratische Reformpolitik an das Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geknüpft ist, kann keine Errungenschaft dauerhaft sein.

Die kommenden Jahre werden uns noch deutlicher machen, daß uns das Großkapital nichts mehr anzubieten hat und daß uns nichts anderes übrigbleibt, als die Großkonzerne und Großbanken in unsere eigenen Hände zu nehmen, demokratisch zu kontrollieren und zu verwalten - in ganz Europa!

von Olaf Meindl

Entwicklung der Wirtschaft seit 1974

DIE NÄCHSTE KRISE KOMMT BESTIMMT!

Nur sozialistische Lösung möglich

Die tiefe weltweite Rezession des kapitalistischen Systems in den Jahren 1974/75 markierte den endgültigen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte. Der lange Aufschwung seit Beginn der 50er Jahre ist erschöpft und die schwächliche "Erholungsphase", die seit 1976 eingetreten ist, löst kein einziges der Probleme aus der Sicht der arbeitenden Menschen.

Und in dieser Situation droht schon am Horizont die nächste Rezession. Diese wird mit Sicherheit zu weiter verschärften Angriffen seitens des Kapitals auf die Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Reallöhne und Sozialleistungen der Bevölkerung führen.

Daß der schweren Rezession der Jahre 74/75 ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung folgen mußte, entspricht der Logik und Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems. Aber von Anfang an haben wir darauf hingewiesen, daß der zu erwartende Aufschwung nur äußerst schwächlich sein werde und daß er vor allem die wichtigsten Probleme der Arbeiterklasse (Arbeitslosigkeit, Angriffe auf die Reallöhne und sozialen Errungenschaften) nicht würde lösen können. Im Gegensatz dazu versprach uns die Bundesregierung, der Aufschwung würde über höhere Profite zu höheren Investitionen der Unternehmer und dadurch schließlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit sowie zur Verbesserung der Löhne und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten führen. Wir müßten uns nur ein, zwei Jahre gedulden und vorübergehend den "Gürtel enger schnallen".....

Im Vertrauen auf solche Sprüche haben viele tatsächlich ihre berechtigten Forderungen eine Zeitlang zurückgestellt - aber was ist das Ergebnis ihrer Opferbereitschaft gewesen? Der oft beschworene Aufschwung war ausgesprochen dürftig und nützte einzig und allein den Unternehmern!

Der Staat als »Reparaturbetrieb«

Im ersten Aufschwungsjahr 1976 erreichte die westdeutsche Wirtschaft mit Hilfe massiver staatlicher Konjunkturspritzen immerhin eine Wachstumsrate von 5,7%. Der Preis war eine stark angestiegene öffentliche Verschuldung: die öffentlichen Ausgaben waren 1975 um 13,4%, 1976 um 6,4% erhöht worden. Die öffentlichen Haushaltsdefizite betragen in diesen Jahren 68 Mrd. bzw. 51 Mrd. DM! Da eine derart hohe staatliche Verschuldung erhebliche Inflationsgefahren in sich birgt, wurde der Ruf nach Begrenzung und Abbau der Staatsverschuldung immer lauter. Aber als der Staat seine Konjunkturstützungsmaßnahmen leicht zurückschraubte, zeigte sich daß die private Wirtschaftsentwicklung auf viel zu schwachen Füßen stand, um selbständig einen Aufschwung tragen zu können; die Wachstumsrate des Sozialprodukts ging 1977 wieder auf 2,6% zurück. Der Staat steigerte postwendend erneut seine Ankurbelungsprogramme (und damit das Haushaltsdefizit); die Wachstumsrate kletterte wieder leicht auf 3,4%.

Jahr	Zuwachs der öffentlichen Ausgaben	Öffentliche Defizite	Zuwachs des Brutto-sozialprodukts
1975	13,4%	68 Mrd. DM	- 2,5%
1976	6,4%	51 Mrd. DM	+ 5,7%
1977	6,0%	38 Mrd. DM	+ 2,6%
1978	10,0%	60 Mrd. DM*	+ 3,4%

*Schätzung, Stand Mitte 1978

Die drei vergangenen Jahre machten so die wichtige Rolle des bürgerlichen Staates als "Reparaturbetrieb des Kapitalismus" deutlich, wie sie von Marxisten seit vielen Jahrzehnten beschrieben worden ist.

Massenarbeitslosigkeit - trotz »Boom«!

Ohne staatliche Eingriffe zugunsten des privaten Kapitals hätte dieses noch nicht einmal den ohnehin schwächlichen Aufschwung der letzten drei Jahre

zustandegebracht.

Die durchschnittliche Wachstumsrate dieser "Boom"-Jahre (76-78) betrug lediglich magere 3,7% - kein Vergleich zu den Aufschwüngen der 50er und 60er Jahre! Und diese 3,7% Wachstum entsprechen fast genau dem jährlichen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (Erhöhung der Produktion durch technischen Fortschritt bei gleicher geleisteter Arbeitszeit) - damit ist klar, daß sich das bescheidene Wachstum der Aufschwungsjahre noch nicht einmal positiv auf die Beschäftigung auswirken konnte. Wir haben es alle verfolgen können, viele von uns sogar zu spüren bekommen:

Seit vier Jahren liegt die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt bei ca. 1 Million!

Jahr	Durchschnittliche Arbeitslosenzahl
1973	273.000
1974	582.000
1975	1074.000
1976	1060.000
1977	1030.000
1978	993.000

(offizielle Zahlen, d. h. nur amtlich registrierte Arbeitslose!)

Der vergangene Winter war bereits der fünfte, in dem die Zahl der Erwerbslosen weit über 1 Mio anstieg. Und der nächste Winter wird kein anderes Bild bieten. In einer Reihe von Arbeitsamtsbezirken liegt die Arbeitslosenzahl im Winter oft knapp über 10% - Ostfriesland, Bayerischer Wald, Saarland, Ruhrgebiet. Und dabei ist die sogenannte "stille Reserve" (von Arbeitslosen) noch gar nicht berücksichtigt, die zur Zeit bei mehr als einer halben Million Menschen liegt und sich vorwiegend aus Jugendlichen und verheirateten Frauen zusammensetzt, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld geltend machen können und die die Hoffnung auf Vermittlung resigniert aufgegeben haben.

Der sogenannte Aufschwung hat also das Problem der Arbeitslosigkeit so gut wie gar nicht vermindert. Die nächste Rezession wird dann ein neues Heer von Arbeitslosen schaffen, das dem schon bestehenden Sockel der gegenwärtigen Arbeitslosenzahl hinzugefügt werden muß: 1,5 - 2 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose sind deshalb keineswegs

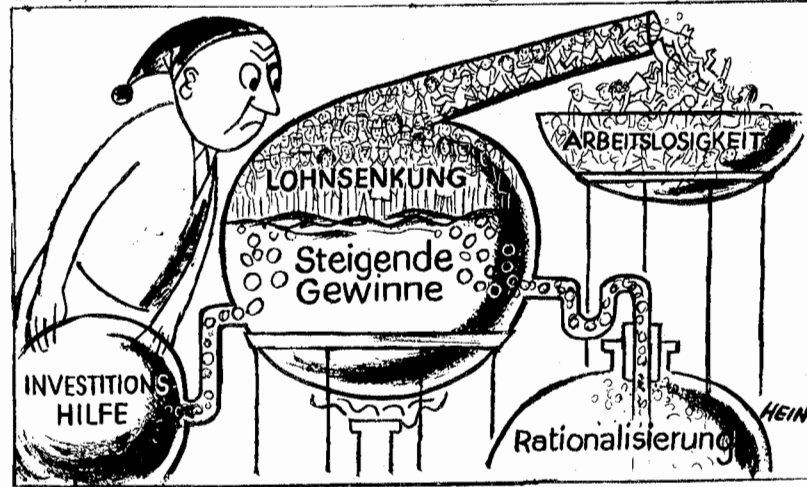
eine Zukunftsmusik, sondern schon bald bittere Wirklichkeit! Dies wird hoffentlich

endlich einmal denjenigen Genossen und Kollegen in SPD und Gewerkschaften die Augen öffnen, die immer noch den Kräften und Gesetzen der Marktwirtschaft vertrauen.

Aufschwung der Profite - Bedrohung des Lebensstandard!

Aber nicht nur an den Arbeitslosen ist der "Aufschwung" vorbeigegangen; auch der in der Rezession angekratzte Lebensstandard der abhängig Beschäftigten konnte sich nicht erholen. Jeder Arbeiter und

Angestellte, der noch das Glück eines festen Arbeitsverhältnisses hatte, hat es an seinem Geldbeutel gemerkt: die wenigen Prozent mehr Tariflohn waren schnell wieder aufgeessen durch Preissteigerungen, höhere Steuern und Sozialabgaben. Arbeiter mit fester Anstellung konnten dementsprechend bestenfalls feststellen, daß ihr Lebensstandard stagnierte. Wenn man jedoch die Situation der Arbeiterklasse insgesamt betrachtet, so war (und ist) diese gekennzeichnet durch Massenarbeitslosigkeit, gekürzte Sozialleistungen, Überstundenabbau einerseits - gesteigerte Arbeitshetze andererseits, durch Angruppierungen und Abbau betrieblicher Zusatzleistungen - also insgesamt durch eine erhebliche Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Wo die Arbeiterklasse einbüßt, profitiert notwendigerweise die Kapitalistenklasse - das ist die Logik der Klassengesellschaft. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen lagen im 2. Halbjahr 1978 um 12% über dem entsprechenden Vorjahresstandard, die Nettoeinkommen sogar um 15% (ein Ausdruck der massiven Steuererleichterungen für die Unternehmer). Die Prognose für das 1. Halbjahr 1979 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) lautet sogar auf eine weitere Steigerung der Nettoeinkommen der Unternehmer um 19%!



Blick in die Alchimistenküche der bundesdeutschen Wirtschaft

Die Profite der Unternehmer sind auf breiter Front angelegten (abgesehen von wenigen Krisenbranchen). Es ist aber wichtig zu sehen, daß dies eine gewisse Erholung aus einer ziemlich tiefen Profitklemme in den Jahren davor darstellt. Das Niveau der goldenen 50er und 60er Jahre ist bei weitem nicht wieder erreicht worden und wird nicht wieder erreicht werden. Das gilt zumindest für die Profitrate, das Verhältnis der erzielten Profite zum eingesetzten Kapital (es ist durchaus möglich, daß die Profitrate sinkt, während die Profitmasse in absoluten Zahlen zunimmt); und auf die Profitrate (auf ihre "Kapitalrendite") kommt es den Kapitalisten an, nicht auf die absolute Höhe der Gewinne.

Trotz der gegenwärtigen kurzfristigen Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmer bleibt grundsätzlich festzuhalten, daß das Kapital einer langfristigen Verschlechterung der Profitbedingungen gegenübersteht. Dies und die allgemeine Unsicherheit der Zukunftsaussichten für die Kapitalisten verhindert auch einen dauerhaften Aufstieg der Investitionstätigkeit. Denn die Profite von heute und die Profite von morgen sind der Motor für unternehmerische Investitionen. Warum sollte ein Unternehmer sein Kapital auch in neue Industrieanlagen in der BRD

investieren, wenn er einerseits heute schon seine Herstellungskapazitäten nicht voll ausnutzen kann, seine Waren auf den Märkten nicht vollständig absetzen kann und wenn er andererseits mehr dadurch herauschlagen kann daß er sein Kapital im Finanzbereich für Zins und Zinseszins anlegt, Spekulationsgeschäfte mit Grundstücken oder anderen Objekten durchführt oder sein Geld in ausländischen Billiglohnländern investiert?

Investitionen wachsen - auf niedrigerem Niveau!

Ein genaues Spiegelbild der Entwicklung der Profite und der Profitaussichten geben die Investitionen ab: In den Jahren 1976-78 nahmen die Investitionen in Maschinen, Anlagen und Gebäuden erheblich zu.

Jahr	Reale Zunahme der Investitionen in:	
	a) Maschinen u. Anlagen	b) Gebäuden
1975	0,4%	- 6,9%
1976	6,5%	4,1%
1977	7,7%	1,7%
1978	8,2%	4,8%

Es handelte sich dabei jedoch um einen (bitter nötigen) Nachholprozess nach jahrelanger tiefer Investitionsflaute. So lagen die gesamten Investitionen in der Industrie 1978 immer noch real um rund 22% unter dem Stand von 1970; der Anteil der Anlageinvestitionen am Sozialprodukt ging im selben Zeitraum von 26% auf 21% zurück.

Hinzu kommt, daß es sich bei den in letzter Zeit getätigten Investitionen überwiegend um Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen

handelt, und nur zu ungefähr einem Viertel um Erweiterungsinvestitionen.

Anteil geplanter Investitionen 1978	für
39%	Rationalisierung
36%	Ersatzbeschaffung
25%	Erweiterung d. Kapazität.

Viele Kollegen können von den Folgen der Rationalisierungswelle in ihren Fabriken und Büros ein (grausames) Lied singen: immer mehr Arbeitsplätze werden vernichtet, immer unerträglicher wird der Streß. Auf jeden Fall ist auch dem letzten Kollegen (- auch den Politikern?) mittlerweile klar geworden, daß steigende Investitionen noch lange keine neuen Arbeitsplätze für das Heer der Arbeitssuchenden bedeuten - aber genau das war das ständig wiedergekäuete Versprechen der Bundesregierung. Stattdessen nutzen die Bosse die kräftigen Finanzspritzen und Steuererleichterungen des Staates dazu, um immer mehr Kollegen durch Maschinen zu ersetzen und damit überflüssig zu machen. Arbeitsplatzvernichtung mit den Steuergeldern der arbeitenden Menschen!

Der Staat verschuldet sich - für Unternehmer!

Aber die staatlichen Finanz-

spritzen und Subventionen an die "bedürftigen" Konzernherren können nicht vollständig durch höhere Belastungen der Arbeiter und Angestellten sowie Kürzungen der Sozialleistungen "hereingeholt" werden. Als Folge massiver Ausgabenprogramme im Interesse des Kapitals beschleunigt sich auch die öffentliche Verschuldung (s. a. Tabelle). Die staatliche Gesamtverschuldung stieg allein zwischen 1970 und 1977 um mehr als 150% an!

Jahr	Gesamtverschuldung Bund, Länder und Gemeinden
1960	53 Mrd. DM
1970	126 Mrd. DM
1975	251 Mrd. DM
1976	290 Mrd. DM
1977	325 Mrd. DM
1978	372 Mrd. DM

Für die arbeitenden Menschen fällt von den gewaltigen Ausgabenprogrammen des Staates so gut wie nichts ab - für sie gibt es nur Angriffe auf ihre Reallöhne, Abbau von Sozialleistungen, eine ständig wachsende Lohnsteuerbelastung und zerplatzte Reformversprechungen auf der ganzen Linie. Man schaue sich beispielsweise nur einmal die Bundesausgaben für Bildung an: sie liegen 1979 bei 4,2 Mrd. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes hatte aber schon 1970 eine Steigerung des Bildungsetats auf zunächst (!) 9 Mrd. DM für 1974 (!) vorgesehen.....

So sehen die Ergebnisse aus, wenn man die Reformpolitik vom (unkontrollierbaren) Gang der kapitalistischen Konjunktur abhängig macht. Genauso unanwendbar wie der Reformabbau ist in diesem Rahmen die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte infolge umfangreicher Stützungsmaßnahmen für die private Wirtschaft. Da hilft alles Gerede von notwendiger "Konsolidierung der Staatsfinanzen" (Abbau der hohen Defizite) nichts - der bürgerliche Staat als "Reparaturbetrieb des Kapitalismus" befindet sich im Zugzwang, will er nicht ein schnelles Abrutschen in die nächste Wirtschaftskrise riskieren.

Wachsende Inflationsgefahr

Andererseits sieht sich der Staat durchaus in einer Zwickmühle, einem fortwährenden Dilemma: Denn eine hohe Staatsverschuldung, ein hohes öffentliches Defizit erhöhen die Gefahr einer sich verstärkenden Inflationsentwicklung. Und die relativen Erfolge in der Inflationsbekämpfung waren gerade einer der wenigen Trümpfe der Bundesregierung im Gefolge der Rezession 74/75 gewesen.

Jahr	offizielle Inflationsrate
1975	6,0%
1976	4,5%
1977	3,8%
1978	2,5%

1978 ist der untere Wendepunkt erreicht worden, seit dem Jahreswechsel wird wieder ein verstärkter Preisanstieg festgestellt. Erheblich gestiegen sind in der letzten Zeit vor allem die Erzeugerpreise der Industrie, die als Frühindikatoren für die Lebenshaltungskosten gelten. Seit Februar erhöhte sich die Zuwachsrate des Preisindex für die Lebenshaltung (Inflationsrate) von 2,9% über 3,3% im März auf 3,5% im April. Die Tendenz zeigt also wieder eindeutig aufwärts.

Das Dilemma der Unternehmer

An einem neuen Inflationsschub haben aber weder die Kapitalisten noch der Staat ein Interesse. Ebenwenig ist dem Staat an einer neuen tiefen Rezession mit noch mehr Arbeitslosigkeit und allen damit verbundenen Konsequenzen

KAPITALISTISCHE EG

2. Teil Zerfall oder Integration ?

Teil I unseres Artikels (VORAN Nr. 38) ging anlässlich der Europawahl auf die Frage ein, ob eine Einigung Europas auf kapitalistischer Grundlage überhaupt möglich ist. Wir stellten dar, wie und warum derartige Versuche bereits in den 20er und 30er Jahren scheiterten und kamen zu dem Ergebnis, daß auch jetzt wieder Anzeichen eines beginnenden Zerfalls sichtbar sind...

Wirtschaftskrise '74

Den Anfang vom Ende aller Euro-Illusionen stellt die Weltwirtschaftskrise 1974/75 dar. Das Wachstum des Welthandels verlangsamte sich drastisch:

1973	1974	1975
14%	5%	0%

Italien verhängte schon 1974 einzelne Importsperrn, ebenso Dänemark. Hans Apel mußte im "sozialdemokrat magazin" 6/74 kleinlaut gestehen: "Die Strukturunterschiede haben in den letzten Jahren zugenommen. Insofern ist es heute ehrlich zu sagen, bis 1980 kann es keine Wirtschafts- und Währungsunion geben."

Seit jener Zeit überschattet das Gespenst einer neuen Weltwirtschaftskrise ähnlich wie 1929 die kapitalistische Welt:

(sozialen Unruhe usw) gelegen. Das Dilemma für die Politiker liegt darin, daß - entgegen der bürgerlichen Wirtschaftstheorie - Inflation und Arbeitslosigkeit unter heutigen kapitalistischen Bedingungen durchaus gemeinsam und gleich zeitig auftreten. Sie stehen damit vor der unlöslichen Aufgabe, einerseits mit staatlichen Ausgabenprogrammen und erhöhter Verschuldung die Konjunktur zu stützen und die Arbeitslosenzahlen nicht zu sehr außer Kontrolle geraten zu lassen, andererseits aber die hohe Neuverschuldung des Staates abzubauen, um die Inflation nicht außer Kontrolle geraten zu lassen.

Noch bis vor kurzem weigerten sich gerade sozialdemokratische Politiker, dieses Dilemma anzuerkennen. Sie bildeten sich ein, zuerst Rezession und Arbeitslosigkeit durch massive staatliche Verschuldung bekämpfen und anschließend die hohen Defizite und die hohe Verschuldung im darauffolgenden Aufschwung wieder abbauen zu können.

Inzwischen schreiben wir das Jahr 1979, der sogenannte "Aufschwung" ist drei Jahre alt - und trotzdem kann keine Rede von einem Abbau der öffentlichen Defizite und Schulden sein. Dieser Sachverhalt eröffnet für die Arbeiterbewegung eine überaus wichtige Perspektive:

Frontalangriff auf soziale Errungenschaften

Schon heute - im "Aufschwung" - hat die jährliche Staatsverschuldung bedenkliche Ausmaße erreicht, sie konnte gegenüber der Rezession 74/75 nicht wesentlich vermindert werden. Die nächste Rezession ist noch eine Frage der Zeit (für die USA wird der Beginn der nächsten Rezession bereits für Ende dieses Jahres erwartet). Das bedeutet, daß der Staat eher noch zur Verstärkung seiner Konjunktur ankurbelungsprogramme gezwungen sein wird. Andererseits besteht die Notwendigkeit einer Begrenzung der öffentlichen Defizite. Die einzige Methode, durch die beide Maßnahmen aus der Sicht des Kapitals untereinander vereinbart werden können, liegt im brutalen Abbau öffentlicher Sozialleistungen einer massiven Demontage des vielgepriesenen Sozialstaates, des "Netzes sozialer Sicherheit"!

Dies sind die Zukunftsaussichten für die Arbeiterklasse in einer kapitalistischen Wirtschaft, die in der nächsten Periode von schweren internationalen Krisen geschützt werden wird. Die bisherigen Kür-

"Immer mehr Regierungen sehen sich von Unternehmern und Gewerkschaften strukturschwacher Industriezweige unter Druck gesetzt, Abwehrmaßnahmen gegen die verschärfte internationale Konkurrenz... zu erlassen... Man weiß doch, daß protektionistische Maßnahmen in einem Land Kettenreaktionen in anderen provozieren und daß damit auch dort Absatzmöglichkeiten verbaut werden." (FAZ 3.12.77)

Daß die Bundesregierung mit am eindringlichsten vor solchen Tendenzen warnt, liegt in erster Linie daran, daß die Wirtschaft der BRD mit dem Außenhandel steht und fällt. Jeder 4. Arbeitsplatz hängt direkt von der Exportwirtschaft ab. Fast die Hälfte der Exporte geht in Länder der EG, und im Vergleich zu den USA hat die BRD ein dreimal so großes

zungen, die bisherigen Lohnbeschränkungen sind nur ein ganz kleiner Vorgeschmack der vor uns liegenden Bedrohungen gewesen. Die Diskussionen über Sparmaßnahmen im Bereich der Renten- und Arbeitslosenversicherung lassen bereits ahnen, was uns bevorsteht.

Der Auslöser für den zu erwartenden Frontalangriff auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen wird die nächste Rezession sein, die in ein bis zwei Jahren die Bundesrepublik erfassen dürfte. Die dann neu entstehende Massenarbeitslosigkeit wird aufbauen auf dem schon vorhandenen Millionen-Sockel von Arbeitslosen. Die staatliche Neuverschuldung wird aufbauen auf einem jetzt schon bedenklich hohen Schulden-Sockel. Das Ausmaß der Krise wird neue Dimensionen erreichen, ebenso das Ausmaß der Angriffe von Seiten der herrschenden Klasse.

Widerstand der Arbeiterbewegung

Eine solche Zuspitzung aber wird von der westdeutschen Arbeiterbewegung nicht stillschweigend hingenommen werden. Sie wird sich immer entschlossener zur Wehr setzen gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihrer politischen Interessenvertreter. Die großen Streiks der letzten Zeit geben schon einen Hinweis auf die gewachsene Kampfbereitschaft und Radikalisierung der Kollegen. Die deutsche Arbeiterklasse ist ein Riese, der lange Zeit (in relativ ruhigen Zeiten) geschlafen hat, der aber aufwachen wird - der schon beginnt aufzuwachen...

Worauf es dann aber in erster Linie ankommen wird: daß die Arbeiterbewegung die tatsächliche Wurzel der Wirtschaftskrisen und aller Angriffe auf ihre Lebensbedingungen erkennt - das kapitalistische System selbst - und ihren Kampf unter eine echte sozialistische Perspektive stellt: als zentrale Maßnahme müßte die Großindustrie, die Banken, Versicherungen und andere Schlüsselbereiche der Wirtschaft verstaatlicht werden, um in einer vernünftig geplanten Produktionsweise unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung den Interessen aller arbeitenden Menschen dienstbar gemacht werden. Dies ist der einzige Weg, um dem Krisenrhythmus der Profitwirtschaft ein für alle Mal ein Ende zu bereiten.

von Joachim Heuck, Juso-Gruppe Hamburg-Winterhude

Außenhandelsvolumen je Einwohner.

Die Länder der EG stellen heute insgesamt ein beachtliches Gewicht in der Welt dar: sie stellen 6,3% der Weltbevölkerung, jedoch 21% der Weltwirtschaftsleistung und 34% des Welt Handels. Die Institution der EG ist jedoch nichts anderes als ein Schönwetterverein, der in Aufschwungszeiten nur begrenzt funktionieren konnte, der aber unter dem Ansturm einer schweren Krise früher oder später sich wieder in seine Bestandteile auflösen dürfte, weil dann für barmherzige "Solidarität" und hehre "Europäische Ideen" kein Platz mehr ist. Dann verfährt jede nationale Kapitalistenklasse wieder nach dem Leitspruch: Oh heiliger St. Florian bewahr' mein Haus, zünd' andre an.

Papiertiger

Der Jahreshaushalt der EG liegt mit seinen gegenwärtig 34,3 Milliarden DM sogar noch unter dem 1976er Umsatz des größten europäischen Industriekonzerns, der Royal Dutch/Shell (knapp 40 Milliarden DM) und die Chemie-Giganten Hoechst und BASF kommen mit ihrem Umsatz an die 10 Milliarden heran. Gegenüber diesen Konzernen mutet die EG wie ein Papiertiger an.

Und von diesem vergleichsweise bescheidenen Haushalt (zum Vergleich: der Bundeshaushalt liegt schon über 200 Milliarden DM) werden fast drei Viertel für den Agrar-Bereich ausgegeben! "In diesem Jahr beträgt der Haushalt der Gemeinschaft 34,3 Milliarden DM... Davon entfallen auf den Agrarbereich 74,5%, also 25,3 Milliarden DM. 24,1 Milliarden werden für die Preisgarantien ausgegeben, davon allein 9,3 Milliarden DM für die Milchüberschüsse. Der Währungsausgleich kostet 2 Milliarden DM." (FAZ, 4.4.79)

Die totale Unfähigkeit der EG, eine europäische Landwirtschaftspolitik im Interesse der Verbraucher und der Kleinbauern zu betreiben, spricht eine deutliche Sprache. Man denke nur an die Milch-, Butter-, Zuckerberge, die massenhafte Vernichtung von Obst und Gemüse, die subventionierten Vieh-Schlachtungen, usw.

Und diese Vernichtung wertvoller Lebensmittel führt zu einer Verknappung und damit Verteuerung der Waren. Otto Normalverbraucher darf die Zeche bezahlen.

Agrarpolitik

Kleinbauern in der Bundesrepublik sind nicht ohne Grund sauer auf die EG-Agrarpolitik. Über eine Million mußten seit den 50er Jahren ihre selbständige Existenz als Landwirte aufgeben. Die Nahrungsmittelpreise für den Arbeiter und Rentner sind immer stärker geklettert als die Erzeugerpreise für die Bauern:

1960-69:	14 % Wachstum der Nahrungsmittelpreise	8 % Wachstum der Erzeugerpreise,
1970-78:	45 % Wachstum der Nahrungsmittelpreise	40 % Wachstum der Erzeugerpreise.

Von jeder Mark, die der Endverbraucher für Lebensmittel bezahlt, bekommt der Landwirt im Schnitt noch ganze 46,6% auf die Hand - den Rest schlucken die Nahrungsmittelkonzerne und Händler.

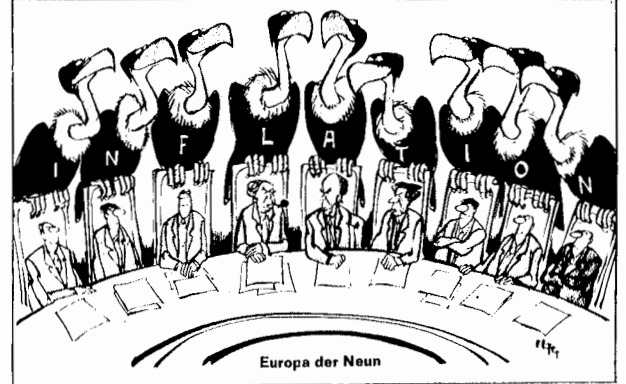
Für Eingriffe in den EG-Milchmarkt wurden von 1973-78 39 Mrd. DM. ausgegeben.

1979 sind allein 7,7 Mrd. DM. für Ankauf und Einlagerung von Butter und Magermilchpulver vorgesehen. Damit kommen zu den schon bestehenden Überschüssen

von 300.000 Tonnen (t) und 473.000 t Magermilchpulver noch weitere 152.000 t Butter und 182.000 t Magermilchpulver hinzu.

Den Bauern wird eine Abgabe abverlangt als Strafe dafür, daß sie die Milchleistung pro Kuh gesteigert haben - insgesamt DM. 649 Mio. Diese Gelder fließen - zur Gewinnaufbesserung - den Nahrungsmittelkonzernen zu, und zwar in Form von:

- verbilligter Butter für die Speiseeisherstellung
- verbilligtem Buttereinfett zum Backen
- Zuschüssen für Produktwerbung und Absatzforschung.



So findet also auch hier eine Umverteilung statt - zugunsten von Nahrungsmittelkonzernen wie Oetker, Unilever und Nestlé. Und neben ihnen ziehen natürlich auch noch die großen Landwirtschafts-Maschinenhersteller, die Chemie- und Mineralölgiganten und die Großbanken ihren Profit aus der Lage der Landwirtschaft. Denn aus dem Zwang zur Beschaffung teurer Hilfsmittel heraus ist die gesamte Verschuldung der Landwirte stark gestiegen:

1968 :	23 Mrd. DM.
1975 :	29,6 Mrd. DM.
1978 :	35,2 Mrd. DM.

Die Landwirtschaft war schon seit jeher einer der kritischen Punkte in der 20-jährigen Geschichte der EG. Bei einem Beitritt der stark landwirtschaftlich ausgerichteten Mittelmeerländer Spanien, Portugal und Griechenland dürften die nationalen bürgerlichen Interessen noch stärker aufeinanderprallen. Offensichtlich traut jede einzelne nationale Kapitalistenklasse dem Nachbarn eben doch nicht über den Weg und will nicht auf die Möglichkeit verzichten, im Notfall sich landwirtschaftlich selbst zu versorgen.

Auch die "europäische Zusammenarbeit" ist alles andere als ein Liebespiel.

Illusionen

Wie schon Anfang der 30er Jahre, so werden auch in den kommenden Jahren die Illusionen eines vereinten Europas auf kapitalistischer Grundlage wie Seifenblasen platzen. Die Hoffnungen, im Europa der Konzerne Elemente einer "sozialen Demokratie" durchzusetzen, werden ebenso verschwinden.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß sich die herrschende Klasse aller Länder zusammenschließt, um einen einzigen übernationalen Staatsapparat zu errichten. Die ganze Erfahrung eines Jahrhunderts spricht dagegen, und gerade jetzt wird deutlich, wie die Herrschenden eines Landes auf ihre eigene nationale Souveränität beharren, auf eigene Armee, Polizei, Grenzen, Währungen, Außenpolitik - sind diese Dinge doch letztlich die Quellen ihrer "eigenen" politischen Macht. Selbst die multinationalen Konzerne, die ohnehin nur einen Teil des gesamten Kapitals ausmachen, haben letztesendes auch eine nationale Basis, auf die sie sich gegebenenfalls zurückziehen können.

Kapitalistische oder ...

Eine Vereinigung der nationalen kapitalistischen Blöcke wäre nur auf zwei Arten möglich:

1.) Die Beteiligten kommen zu einem freiwilligen Einverständnis. Dies setzt voraus, daß etwa gleich starke Partner vorhanden sind und die wirtschaftliche Entwicklung deutlich aufwärts geht. Das Ungleichgewicht innerhalb der EG wie auch auf Weltebene hat sich aber vergrößert. Außerdem besteht eine nationale Kapitalistenklasse ja aus Schichten mit unterschiedlicher Interessenlage. Schwächere Gruppen, kleine und mittlere Kapitalisten haben von einem ungehinderten Welthandel unter Umständen ruinöse Konkurrenz zu befürchten (z.B. Textil- und Schuhindustrie), während das Finanzkapital, sowie auf internationale Produktion und Export angewiesene Kapitalgruppen an einer breiten internationalen Kooperation interessiert sind.

2.) Auf kapitalistischer Grundlage gibt es nur noch eine andere Mög-

lichkeit: die zwangsweise Vereinigung durch militärischen Druck, durch "Feuer und Schwert". So hat es Hitler versucht und so hat auch Bismarck das Deutsche Reich vereinigt. Eine solche imperialistische "Vereinigung" Europas könnte nur Zustandkommen auf der Grundlage einer erdrückten Übermacht eines Superstaates, der zur Erlangung dieses Ziels unweigerlich einen neuen Weltkrieg anzetteln müßte. Ein neuer Weltkrieg hat jedoch eine entscheidende Voraussetzung: zuerst müßte die europäische Arbeiterklasse in den Klassenkämpfen der kommenden Jahre eine entscheidende und vernichtende Niederlage erleiden...

... sozialistische Einigung?

Wenn wir hier der kapitalistischen EG keine Chancen auf Erfolg einräumen und vor irgendwelchen Illusionen in das europäische Parlament warnen, so heißt dies auf keinen Fall, daß wir gegen die Idee einer europäischen Einigung wären. Die Kapitalistenklasse hat sich jedoch - heute wie damals - als unfähig dazu erwiesen. Die einzige Kraft, die dazu fähig wäre, ist die europäische Arbeiterbewegung.

Und wenn wir Genossen und Kollegen wie Brandt, Vetter, Loderer und Hauenschild in das Europaparlament schicken, dann erwarten wir von ihnen, daß sie gefälligst die Plattform des Parlaments ausnutzen, um bedingungslos die Einheit der europäischen Arbeiterbewegung zu verfechten und kompromißlos die Interessen aller Arbeiter vertreten, und nicht, um faule Kompromisse mit dem Großkapital auszumachen.

Auf der Grundlage des Kapitalismus kann es weder für die einzelnen Länder noch für Europa insgesamt vorwärtsgehen. Deshalb können wir dem kapitalistischen Zweckverband EG nur mit der Alternative der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegenreten.

Wenn es bisher auf EG-Ebene "Planung" gab, dann nur auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten. Das beste Beispiel dafür ist der "Davignon-Plan", der bis 1981 alleine im Stahlbereich 140.000 Arbeitsplätze vernichten soll. Eine demokratisch geplante Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken unter Arbeiterkontrolle könnte die Grundbedürfnisse der europäischen Bevölkerung weitaus besser befriedigen und für immer Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Not beenden.

Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE):

LINKSRUCK UND RÜCKTRITT DES PARTEIVORSITZENDEN

"ICH BIN EIN BERGARBEITER. MEIN VATER WAR AUCH BERGMANN. ICH WEISS, WAS MARXISMUS IST. MARXISMUS IST DIE ABSCHAFFUNG DER AUSBEUTUNG DES MENSCHEN DURCH DEN MENSCHEN. ICH WEISS, WAS DAS HEISST, DENN ICH HABE IM BERGWERK GEARBEITET UND DU NICHT."

(Ein Parteitagsdelegierter zu Felipe Gonzalez)

Der Rücktritt von Felipe Gonzalez als Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei ist nicht nur das hervorste- chendste politische Ereignis in Spanien seit dem Tode des alten Diktators Franco im Jahre 1975: er hat auch Auswirkungen auf die sozialistische Bewegung in ganz Europa. Die Tatsache, daß sich auf dem jüngsten PSOE-Parteitag zwei Drittel der Delegierten gegen den Willen des Parteichefs für die grundsätzliche Beibehaltung der marxistischen Zielsetzung im Parteistatut aussprachen, war nicht nur eine Niederlage für Gonzalez selbst. Sie war auch ein Warnschuß an die Adresse derjenigen Genossen in der Führung der SPD und der Sozialistischen Internationale, die mit allen möglichen Mitteln versuchten, die PSOE zu einer zahnlosen rechten sozialdemokratischen Partei nach deutschem oder schwedischem Muster umzumodeln.

Der turbulente Verlauf und Ausgang des Parteitags im Mai kam für viele Kapitalisten und bürgerliche Beobachter völlig unerwartet. Sie hatten gehofft, daß durch den Parteitag sich die PSOE endgültig als brave, zahme, reformistische staatstragende Partei präsentieren würde. Sie betrachtete voller Wohlwollen Gonzalez als den sozialdemokratischen "Reformer", den Godesberger "Erneuerer", der die Partei auf den tugendhaften Pfad der Bürgerlichkeit führen sollte....

Aber Gonzalez hatte sich verrechnet. Die PSOE kam auf eine 100jährige wechselvolle Geschichte zurückblicken, in welcher der Marxismus in der Partei immer eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Die alten Kämpfer der Sozialisten, die unter größten Opfern während der fast 40jährigen Franco-Diktatur die Partei am Leben hielten, wollen wissen und sehen, daß ihre Überzeugungen jetzt wach gehalten und in die Tat umgesetzt werden. Und viele Arbeiter der jüngeren Generation sind in den letzten Jahren gerade deshalb in die Partei eingetreten, weil sie sie als beste Vertreterin der kämpferischen Traditionen ihrer Väter und Großväter und als die Kraft ansahen, die die aktuellen Probleme der arbeitenden Bevölkerung am grundlegendsten lösen würde.

Während der Diktatur lag die Führung der Partei in den Händen einer verknöcherten, abgehobenen Auslandsleitung unter Llopias. 1972 erreichte die inzwischen wieder angewachsene Basis im Inland die Wahl einer neuen, weiter links stehenden Führung unter Pablo Castellano. 1974 rückte die Partei noch weiter nach links, als sie unter dem begeisternden Eindruck der portugiesischen Revolution den jungen "Marxisten" Felipe Gonzalez zu ihrem neuen Generalsekretär wählte. Dies brachte der (immer noch im Untergrund arbeitenden) Partei neuen Aufschwung und Zulauf aus der jungen Generation.

Doch heute - nur 5 Jahre später - steht der ehemalige "Marxist" Gonzalez klar am rechten Parteiflügel, weit rechts von seinem Vorgänger Pablo Castellano und selbst von Professor Tierno Galvan, dem heutigen Oberbürgermeister von Madrid, dessen kleine rechte sozialdemokratische Partei (PSP) sich erst im letzten Jahr mit der PSOE zusammenschloß.

All dies kam nicht von ungefähr. Seit 1975 hatten Gonzalez und seine Vertrauten - unter dem starken Druck der Sozialistischen Internationale und besonders der SPD - der Partei einen rechten Kurs auf-

gezwungen und eine Parteisäuberung in Angriff genommen, die alle Parteiordnungsverfahren gegen aufmüpfige Jusos in der SPD weit in den Schatten stellte. Tausende aktive und kämpferische, d.h. für die Parteibürokratie unbequeme Genossen und Parteiveteranen waren einer gnadenlosen Hexenjagd ausgeliefert und wurden bürokratisch und undemokratisch aus der Partei ausgeschlossen. Manche Genossen wurden sogar hinterein-

Um sich selbst und seine Parteiführung für eine Große Koalition salonfähig zu machen, wollte er nun zu guter Letzt den Marxismus in Worten auslöschen, nachdem er ihn schon jahrelang in der Tat aufgegeben hatte. Er ging davon aus, daß die Situation hierfür noch am günstigsten wäre, solange die Aktivität an der Basis noch klein ist und die Demoralisierung anhält. Aber mit seiner Blitzaktion machte er die Rechnung ohne den Wirt.

Denn trotz des Ausschlusses Tausender Genossen konnte er nicht verhindern, daß die kämpferische Stimmung an der Basis durchdrang und die angestaute Wut gegen die bürokratischen Manöver zurückschlug. Auf dem Parteitag



Links: Pablo Iglesias, PSOE-Gründer, redet bei einer Massenveranstaltung. Rechts: Felipe Gonzalez beim freundschaftlichen Plausch mit dem Ex-Faschisten Soarez.

ander aus den Jungsozialisten, aus der Partei und schließlich aus der Gewerkschaft UGT rausgeschmissen. Ganze Bezirksverbände der Partei wurden aufgelöst und zerschlagen, weil in ihnen echte Marxisten und ehrliche Kämpfer die Mehrheit hatten. Die Jungsozialisten (JSE) wurden auf diese Weise weitgehend kaputt gemacht, so daß sie heute in vielen Provinzen gar nicht mehr vertreten sind. Aus der Umgebung von Gonzalez hieß es zur "Begründung" dieser brutalen Säuberung sogar, man habe lieber eine "Kaderpartei" als eine Massenpartei !!

Die PSOE-Führung hoffte, daß sich diese rechte Anbiederung an das Bürgertum in Form und Inhalt (radikale Beschlüsse früherer Parteitage tauchten im Wahlprogramm gar nicht mehr auf, und die Wahlkampfleitung unterschied sich in nichts von der der SPD oder amerikanischen Präsidentschaftswahlen) in einen Zuwachs an Wählerstimmen umsetzen lassen würde. Aber wenn eine Parteiführung mit bürokratischen Mitteln die aktivsten Parteimitglieder demoralisiert und derart enttäuscht, wie will sie dann erwarten, daß diese noch energisch Wähler, Sympathisanten und neue Parteimitglieder werben ???

Im Wahlkampf zu den letzten Parlamentswahlen im vergangenen März wird sich wohl mancher gefragt haben, worin denn noch überhaupt der Unterschied zwischen der PSOE und der regierenden konservativen UCD des Ex-Faschisten Suarez liegen soll:

Der Stimmenanteil der Sozialisten stagnierte. Die PSOE erreichte 29,2 % der Stimmen und 122 Sitze, während vor zwei Jahren PSOE und die kleine PSP von Tierno Galvan zusammen 33,6 % und 124 Sitze errungen hatten.

Angesichts einer verheerenden wirtschaftlichen Lage im Land, Massearbeitslosigkeit und hoher Inflation, einer riesigen Streikwelle und großer Unzufriedenheit mit der UCD-Regierung unter Arbeitern und Mittelschichten mußte dieses schwache Abschneiden natürlich enttäuschen.

Doch Gonzalez wollte aus diesem enttäuschenden Abschneiden ebenso wenig lernen wie die Führer anderer europäischer sozialdemokratischer Parteien aus Wahlniederlagen im eigenen Land.

waren es die Delegationen aus den Industriezentren Baskenland, Madrid, Asturien und auch Andalusien, die die Speerspitze des Widerstandes bildeten. Mit Zweidrittelmehrheit nahm der Kongreß eine Entschloßung an, in der bestätigt wird, daß die PSOE eine Klassenpartei der Massen ist, die sich auf Marxismus, Demokratie und Föderalismus gründet.

Es war offensichtlich, daß Gonzalez nicht allein aus freien Stücken handelte. Er stand unter dem Druck der Sozialistischen Internationale (SI) und des amerikanischen Geheimdienstes CIA. Erstere war vertreten durch Mario Soares aus Portugal und Hans Matthöfer aus Bonn. Außerdem hielt das (bisherige) Vorstandsmitglied Múgica während des Parteitags laufend Kontakt zu dem CIA-Vertreter und amerikanischen Botschaftsangehörigen Caldwell. Múgica bekannte sich sogar in einem Presseinterview offen zu seinen freundschaftlichen Verbindungen mit Caldwell!

SI und CIA hatten ihre ganze Hoffnung auf Gonzalez gesetzt. Nach seinem demonstrativen Rücktritt vom Posten des Generalsekretärs vertrat Tierno Galvan leidenschaftlich die Meinung, es sei unmöglich, einen neuen Vorstand zu bilden ohne Felipe Gonzalez. Denn dann, so Tierno Galvan, entstünden finanzielle Probleme, weil die SI keinen anderen Generalsekretär zulassen würde als Gonzalez....!

"Muß denn der Parteitag sich erst mit dem Pentagon oder mit Willy Brandt abstimmen, bevor er überhaupt seine Politik festlegt oder seinen Generalsekretär wählt?", fragt die Wochenzeitung "Nuevo Claridad". Sprachrohr der marxistischen Linken in der PSOE "Die PSOE läßt sich weder kaufen noch verkaufen... Wenn die Sozialdemokraten das Programm und den Klassencharakter unserer Partei ändern wollen, dann müssen sie dies schon dadurch leisten, daß sie die Basis mit Argumenten und Ideen überzeugen...."

Für die Masse der ehrlichen Parteimitglieder sind solche Methoden des finanziellen Drucks und der äußeren Beeinflussung unannehmbar. Sie werden früher oder später mit voller Wucht gegen ihre Urheber zurückschlagen....

Nach dem demonstrativen Rücktritt Gonzalez' waren die führenden Zentristen in der Partei wie Go-

mez Llorente und Castellano nicht bereit, einen neuen Vorstand ohne den alten Generalsekretär zu bilden. Gonzalez hofft unterdessen, daß er nach einem taktischen Rückzug beim Sonderparteitag im Herbst Wiederauferstehung feiern kann - als der große Held, der Retter, der Einiger der Partei. Wenn ihm dies gelingen sollte, dann in erster Linie aufgrund der zaghaften und schüchternen Haltung des zentralistischen Übergangsvorstandes.

Bezeichnenderweise genießt Gonzalez gerade jetzt die Unterstützung der gesamten rechten und faschistischen Presse, die an der Niederlage dieses "ehrenwerten" Mannes fast noch mehr Anteil nehmen als es ihm recht sein kann. Sie wollen der arbeitenden Bevölkerung und den passiveren Parteimitgliedern den (Aber)Glauben einflößen, daß nur diese eine Person die Partei entscheidend aufgebaut habe....

Mit diesem Madrider Parteitag haben die wirklich großen und

in eine große Koalition geögert hat, weil dies dann zweifellos den Marxisten um "Nuevo Claridad" noch mehr Auftrieb gegeben hätte. Außerdem mußten jetzt selbst bürgerliche Zeitungen zugeben, daß die Wochenzeitung Nuevo Claridad viel besser die Stimmung an der Parteibasis wiederzugeben versteht als das Vorstands-Zentralorgan "El Socialista" (ähnlich wie der Vorwärts eher ein intellektuellenblatt, das sich aufs Kommentieren beschränkt und einfache Arbeiter nicht ansprechen kann).

Die Lage der arbeitenden Bevölkerung Spaniens ist gekennzeichnet von einhalb Millionen Arbeitslosen und einer 15 prozentigen Inflationsrate.

Der wirtschaftliche Aufschwung in den letzten Jahren hat sich in Spanien so gut wie gar nicht bemerkbar gemacht, und die nächste Weltwirtschaftskrise wird Spanien hart treffen. Der schwache und bankrotte spanische Kapitalismus erweist sich immer mehr als unfähig, auch nur die elementarsten Reformen und bürgerlichen demokratischen Rechte zu gewährleisten. Wie in Chile 1973 und Deutschland 1933 werden die spanischen Kapitalisten mit ganz anderen Mitteln zu herrschen versuchen, sobald sie sich wieder stark genug fühlen.

Die abgehobene utopische reformistische Politik von Gonzalez hat die Partei und die ganze sozialistische Bewegung nicht vorwärts gebracht. Denn so lassen sich die Mittelschichten, die Rentner und Hausfrauen gerade nicht gewinnen. Um sie zu gewinnen, muß man ihnen in der Tat zeigen, daß sich ihre konkreten Lebensbedingungen verbessern, wenn die Sozialisten das Sagen haben. Eine große Koalition mit bürgerlicher, pro-kapitalistischer Politik würde nur eines erreichen: diese Schichten von der Arbeiterbewegung abstoßen und in die Arme der Reaktion treiben.

Doch die bisherige Erfahrung ist an den aktiven Parteimitgliedern nicht spurlos vorübergegangen. Und in Zukunft werden nicht nur sie, sondern die breite Masse der Arbeiter und Jugendlichen verstehen, daß der Marxismus als Anleitung zum Handeln notwendiger ist denn je. Der Siegeszug des Marxismus in der spanischen Arbeiterbewegung ist angerollt. Wer sich - wie Gonzalez - ihm in den Weg stellt, der wird früher oder später beiseite gefegt werden. Das "Gespenst" geht wieder um Europa. Arbeiter und ehrliche Sozialisten brauchen es nicht zu fürchten!

von Hans-Gerd Öfinger, SPD-Mitglied, Remscheid

Spendenaufruf:

Unterstützt die Marxisten in der PSOE!

Die Genossen und Kollegen in Spanien, die mit aller Kraft die marxistische Politik unserer Schwesterzeitung NUEVO CLARIDAD unterstützen, werden sicher Grund genug haben, um den Ausgang des Parteitags zu feiern. Aber sie haben keinen Anlaß und auch keine Zeit, um sich jetzt bequem zurückzulehnen. Denn gerade jetzt ist es notwendiger denn je, daß die Stimme des Marxismus in jedem Betrieb, in jeder Stadt und auch im letzten Dorf gehört und verstanden wird. Daß die Parteirechten und die bürgerlichen Zeitungen als Sprachrohr des Kapitals dies natürlich mit allen Mitteln unterbinden wollen, ist klar.

Die Redaktion von NUEVO CLARIDAD bittet alle Leser und Anhänger von VORAN um tatkräftige Hilfe. VORAN gibt diesen

dringenden Appell hiermit weiter.

Während auf der einen Seite führende Genossen im SPD-Parteivorstand ihre Hand bei all den Manipulationen um Gonzalez mit im Spiel hatten, müssen wir den spanischen Parteimitgliedern zeigen, daß es in der SPD und in den deutschen Gewerkschaften auch noch ehrliche Sozialisten und Marxisten gibt.

Internationale Solidarität soll kein leeres Lippenbekenntnis bleiben. Der Kampf der spanischen Marxisten ist auch unser Kampf: Schickt uns Spenden für NUEVO CLARIDAD!

*Fordert bei uns Exemplare von NUEVO CLARIDAD an und verbreitet sie unter spanischen Kollegen, Nachbarn und Bekannten.
*Fordert sie auf, NUEVO CLARIDAD selbst zu abonnieren und zu verteilen.

Außerdem: Für kommenden Herbst wollen wir einen Vertreter von NUEVO CLARIDAD zu einer Rundreise durch die BRD einladen. Helft uns mit, diese Rundreise und Veranstaltungen mit spanischen Kollegen, Gewerkschafts- und Juso-Gruppen und SPD-Ortsvereinen zu organisieren!

¡¡ POR LA DEMOCRACIA OBRERA !!
Nuevo Claridad VOZ MARXISTA DE LOS SOCIALISTAS Y LA JUVENTUD

In der Bundesrepublik gibt es ca. eine halbe Million Handwerksbetriebe, so z. B. selbständige Schreiner, Bäcker, Konditoren. In solchen kleinen Betrieben arbeiten höchstens bis zu 10 Personen.

Ich habe früher selbst als Konditorlehrling und kurze Zeit als Geselle in so einem Handwerksbetrieb gearbeitet, deshalb traue ich mir auch zu, einiges über die Lage von Lehrlingen und Gesellen in solchen Betrieben zu wissen. Als ich 1972 meine Lehre begann, bekam ich eine Ausbildungsbeihilfe von 175 DM im ersten Lehrjahr, 230 DM im zweiten und 350 im dritten Lehrjahr. Die tägliche Ausbildungszeit betrug laut Lehrvertrag 8 Stunden, die aber sehr oft um mehrere Stunden täglich, hauptsächlich zu Ostern, Weihnachten und Sylvester überschritten wurden.

Am Anfang der Lehre sah alles sehr rosig aus, doch das sollte sich bald ändern. Die meiste Zeit im ersten Lehrjahr verbringt man damit, daß man das Werkzeug sauber hält, putzt u. s. w.. In dieser Zeit als billige Hilfskraft erarbeitet man wohl keinen sehr großen Gewinn für den Chef, was sich aber Mitte des 2. Lehrjahres drastisch ändert. Die 230 DM Ausbildungsbeihilfe im Monat erarbeitet man, je nach dem, was es für Produkte sind, dicke an einem Tag wieder heraus. Dazu ein einfaches Rechenbeispiel:

15 Torten wurden in 4 Stunden hergestellt. Die Materialkosten pro Torte betragen ca. 10 DM, bei 15 Torten also 150 DM. Eine Torte wurde für ungefähr 23 DM verkauft; das sind 345 DM. Ich erarbeitete also einen zusätzlichen

Der Beruf des Goldschmieds wird allgemein als künstlerisch wertvoll und besonders für Frauen anstrengenswert dargestellt (siehe Werbung!). Fingerspitzengefühl und Geduld, sowie Sinn für Formen und Gestaltung sind gefragt. Doch es ist ein typischer Handwerksberuf, bei dem Schnittwunden Brandblasen und dreckige Hände die Regel sind.

Früher (vor dem II. Weltkrieg) war es ein ausgesprochener Männerberuf. Doch die niedrigen Arbeitslöhne für Frauen haben die Männer nach und nach verdrängt. Einen Kampf für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen gab es nie!

In den meisten Fällen findet man 3-6, seltener 8 Arbeitsplätze in einer Werkstatt. (Auf der anderen Seite existieren auch Fabriken für massenhafte Industrieschmuckfertigung). Die Werkzeuge und Arbeitsmethoden in den Kleinbetrieben sind seit Urzeiten die gleichen geblieben. Neue Erkenntnisse und Techniken werden nicht angewandt.

Die 45-Stunden-Woche ist die Regel. Mittags haben wir eine halbe Stunde Zeit, unser Brot am Arbeitsplatz zu essen. Außerdem ist es ein typischer Saisonberuf, bei dem Überstunden regelmäßig (z. B. zur Weihnachts- und Osterzeit) eingeplant sind.

Gesundheitsgefährdung

Die Arbeitsbedingungen im kleinen Raum bei künstlichem Licht und schlechter Luft (austretendes Gas durch undichte Leitungen, kochende Beize, giftige Vergoldung, Polierstaub usw...) sind ausgesprochen gesundheits-schädlich. Hier müßte das Gewerbeaufsichtsamt eigentlich eine einflußnehmende Kontrolle ausüben -

doch es kümmert sich nur um Nebensächlichkeiten und übersieht das Wesentliche!

Lehrjahre

Die Lehrlingsausbildung dauert dreieinhalb Jahre. Je nach Schulbildung kann die Zeit verkürzt werden, was jedoch nicht gerne gesehen und selten gemacht wird. Während man allgemein sagen kann, daß Abiturienten den jungen Leuten mit Haupt- und Realschule die Lehrstellen wegnehmen, so ist dies hier ganz und gar nicht der Fall. "Je jünger die Lehrlinge,

Situation der Beschäftigten in Kleinbetrieben (1):

AUSBEUTUNG IN KONDITOREI

Wert von 195 DM in 4 Stunden bei einer Ausbildungsbeihilfe von 230 DM im Monat: Reine Arbeitskosten waren bei 4 Stunden also nicht mehr als 5,36 DM. Deswegen steckte der Besitzer 189,64 DM als Gewinn ein. Auch wenn er davon noch andere Kosten bezahlen mußte, blieb noch genug übrig für ihn selbst. Zum Vergleich nehme ich den Gesellenlohn im ersten Gesellenjahr von 1975. Er betrug damals ca. maximal 6,00 DM je Stunde (über Tariflohn). Das wären also in 4 Stunden gerade 24,00 DM. Daß heißt, man stellt in 4 Stunden Produktionsgüter in einem Wert von ca. 345 DM her, wobei die Rohkosten ca. 150 DM, die Arbeitskosten (man höre und staune) nur 24,00 DM betragen. Da kann sich wohl jeder vorstellen, daß die Löhne die Preise bestimmt nicht in die Höhe treiben.

Die Belegschaft eines kleinen Handwerksbetriebes besteht meistens aus 2 Lehrlingen, einen Gesellen und dem Meister. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß ein Geselle meistens nie mehr als zwei Jahre in dem gleichen Handwerksbetrieb tätig ist. Es gibt einen Grund dafür: Nach jedem Gesellenjahr steigt ja auch der Lohn des Gesellen. Um aber die Arbeitskosten so gering wie möglich zu halten, wird der Meister irgendwie versuchen, den Gesellen zu kündigen oder zu bewirken, daß der Geselle selber kündigt. Das geht

praktisch in einem regelmäßigen Turnus so, denn wenn die Zeit gekommen ist, daß der Geselle bald gehen soll, steht einer der beiden Lehrlinge kurz vor der Prüfung und ein neuer Lehrling ist bereits in Sicht. Das ist eine relativ leicht zu durchschauende Taktik der kleinen Selbstständigen um die Arbeitskosten so gering wie möglich zu halten. Die Lehrlinge und junge Gesellen sanieren also in einem stetigen Wechsel die Handwerksbetriebe.

An dem oben aufgeführten Rechenbeispiel erkennt man, daß man in ca. 5 Std. seine Ausbildungsbeihilfe für einen ganzen Monat erarbeitet. Es mag auch kleine Abweichungen geben, die aber das Gesagte nicht widerlegen können. Für wen aber arbeitet man denn die restlichen 171 Std. im Monat? - Natürlich für die Sanierung.....

In der Lehrzeit kommt man zunächst von alleine nicht dahinter. Die zuständige Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten, Genuß (NGG) versucht offensichtlich überhaupt nicht, die Betroffenen zu informieren. So habe ich in meiner Lehrzeit fast nichts über die NGG gewußt. Ich hörte keine andere Meinung, als die meines Chefs, sowie die Meinungen einiger anderer Innungsmitglieder. Wie kann es sich die NGG leisten, ein so weites Feld brach liegen zu lassen? Der Organisationsgrad dieser Gewerkschaft beträgt nur 43%. Das sind

ca. 250.000 Kolleginnen und Kollegen. Diese 43% sind aber leider fast nur in Bereichen wie Brauereien, Tabak-, Zucker-, und Margarineherstellung zu finden, wo teilweise ein 100%iger Organisationsgrad vorliegt. Im Gegensatz dazu ist der Organisationsgrad in Bäckereien, Konditoreien usw. weniger als gering.

Von der unzureichenden Gewerkschaftsarbeit hängen auch die Arbeitsbedingungen in den kleinen Betrieben ab. Was nützt es, wenn im Tarifvertrag die 40-Std-Woche festgesetzt ist, aber tatsächlich 50 Std gearbeitet werden, was in dem Betrieb, wo ich arbeitete wenn auch nicht regelmäßig, so doch öfter vorkam? Man mußte also als Lehrling auch noch Überstunden machen, um in den "großen Kreis der Familie" aufgenommen zu werden! Weigert man sich - mit gutem Recht - so verstehen es die Herren Meister sehr gut, den Betroffenen als "Quertreiber" vor der übrigen Belegschaft schlecht zu machen. Um nun aber soweit wie möglich mit den Kollegen gut auszukommen, und nicht zuletzt auch, weil man seinem Lehrherrn auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, zieht man - wenn auch zähneknirschend - brav mit.

In diesem Bereich gibt es sehr viel Aufklärungsarbeit für die NGG. Ein erster Schritt wäre, wenn alle Kolleginnen und Kollegen einer Innung angeschrieben würden und

wenn man versuchte, Kontakt mit ihnen zu bekommen. Die Verantwortlichen von der NGG können nicht erwarten, daß die Kollegen von alleine zu ihnen kommen, sondern gerade sie müssen den ersten Schritt unternehmen.

Obwohl die kleinen Selbstständigen vom Staat vernachlässigt und von den Großunternehmen verdrängt werden, darf nicht zugelassen werden, daß sie sich nur auf den Rücken der Lehrlinge und Gesellen über Wasser halten. Im Jahre 1976 gab es schon über 10.000 Konkurse von mittelständischen Betrieben, eine Verbesserung der Lage ist nicht in Sicht. Die Regierung ist vollauf damit beschäftigt, den Großunternehmen Zucker in den Hintern zu blasen, so daß für den Mittelstand nicht allzuviel übrig bleibt.

Für die Arbeiterbewegung ist der Mittelstand schon immer eine Hürde gewesen. Seine Bestrebung war schon immer, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, zu der Zeit, als noch keine Großbetriebe existierten und der Mittelstand in voller Blüte stand. Aber wir wissen, daß es für die Arbeiterbewegung kein anderes Ziel geben kann, als voran zum Sozialismus zu gehen. Es ist notwendig, dem Mittelstand eine vernünftige sozialistische Alternative anzubieten, wo auch seine Interessen berücksichtigt werden und ihn dafür zu gewinnen. Wenn dies nicht gelingt, dann wird der Mittelstand zum Feind der Arbeiterbewegung.

von Andreas Baumgarten, Mitglied der IG-Metall, Remscheid

Situation der Beschäftigten in Kleinbetrieben (2):

GOLDSCHMIEDE OHNE GEWERKSCHAFT

desto besser formbar und anpassungsfähig sind sie", dies ist die Einstellung der Arbeitgeber.

- Eine Schwierigkeit ist für viele die niedrige "Lehrlingsbeihilfe" bei einer so langen Ausbildung:
1. Lehrjahr: 110.- DM
 2. Lehrjahr: 180.- DM
 3. Lehrjahr: 220.- DM
 4. Lehrjahr: 300.- DM

Gesellenarbeit für Lehrgeld

Dieses niedrige Entgelt wird mit dem Risiko für die hohen Werte begründet, die der Lehrling in die Hände bekommt.

(Steine können kaputtgehen und Edelmetalle verschmirtelt werden). Doch nach einer gewissen Anfangszeit (ein paar Monate) werden alle Stücke verkauft, die man als Lehrling anfertigt. (Natürlich wird bei der Preisberechnung Meisterlohn zugrunde gelegt!) Praktisch kann man sagen, daß man in den letzten zwei Lehrjahren voll als Geselle arbeitet - zum Hungerlohn!

Ausbildung

Die Ausbildung sollte eigentlich nach dem Lehrplan erfolgen, je doch lernt der Auszubildende nur das, was bei den täglichen Arbeiten anfällt. Das können unter Umständen fast nur Reparaturen sein. In diesem Fall verletzt der Ausbilder seine Pflicht, achtet auf der anderen Seite aber sorgfältig darauf, daß der Lehrling seine "Pflichten" (Kaffeekochen, private Botengänge, ausfegen, sauber machen, abwaschen) ohne Murren erfüllt.

Werkzeug selbst kaufen

Durch die unheimlich beschissene Arbeitsmarktlage sitzen die Arbeitgeber am wesentlich längeren Hebel. Der Auszubildende kann keinerlei Forderungen stellen nicht einmal die, die im Lehrvertrag festgelegt sind. Der Arbeitgeber ist z. B. verpflichtet, alle Materialien zur Ausbildung sowie Werkzeug und Bücher zur Verfü-



gung zu stellen. Dies wird gerade heute, wo viele auf einen Ausbildungsplatz warten, nicht erfüllt. Das Anfangswerkzeug kostet rund 350.- DM!!! Das muß man als Lehrling selbst kaufen und am ersten Tag der Lehre mitbringen. Im Verhältnis zur Größe der Werkstatt werden meist zu viele Lehrlinge darin ausgebildet. Der

Grund: geringer Lohn trotz Gesellenleistung!! Nach der Gesellenprüfung sitzen viele auf der Straße in Hamburg sind es momentan 17 beim Arbeitsamt gemeldete Gesellen.

Gesellenjahre

Der Gesellenlohn beträgt in der Anfangszeit 7-8 DM und steigert sich nicht wesentlich. Er wird auch heute noch wöchentlich in der Lohntüte in bar ausbezahlt (Stundenlohn), so wie es früher auch in den großen Fabriken war. Auch der Geselle muß sein Werkzeug selbst stellen, genau so wie seine Arbeitskleidung. Ist es in der Lehrzeit noch erlaubt, mal einen Fehler zu machen, so darf man es sich als Geselle nicht mehr erlauben. Man muß schnell und präzise nach Vorlage arbeiten. Nach 5 Gesellenjahren kann man seine Meisterprüfung machen - und dann...?

Keine Gewerkschaft

In diesem Berufszweig gibt es keine Gewerkschaft. Die IG Metall in Hamburg hat es 1975 abgelehnt, eine Gruppe aus diesem Bereich aufzunehmen. Also vertritt hier

nur die Innung die Interessen der Arbeitgeber.

Der in der Innung organisierte Gesellenausschuß ist bis jetzt nicht voll ausgenutzt worden und hat auch nur geringe Einflußmöglichkeiten auf die Situation der Gesellen und Lehrlinge in den Betrieben und auf die schulische Ausbildung der Lehrlinge (Zwischen- und Gesellenprüfung). Eingeladen werden hierzu nur Gesellen, die in einem Innungsbetrieb arbeiten.

Einen Informationsaustausch, geschweige denn ein Zusammenhalt zwischen Lehrlingen, Gesellen und Meistern besteht nicht und hat noch nie bestanden. Durch die Situation in den Kleinbetrieben - und das gilt sicher nicht nur im Goldschmiedebereich - nimmt man die Position eines Einzelkämpfers ein; es steht keine Gruppe hinter einem, so daß der Kampfgeist, der bei den Lehrlingen noch vorhanden ist und bei den Gesellen schon abnimmt, allmählich ganz erlischt.

Wir (in Hamburg) wollen jetzt aus der ganzen Situation eine Konsequenz ziehen und über den Gesellenausschuß einen Anstoß zur Aktivität geben.

Für einige von uns steht schon jetzt fest, daß der einzige Weg nach vorne nur über eine starke, organisierte Gewerkschaftsgruppe geht.

Susanne Gutau, Goldschmiedegesellin und ein ungenannter Goldschmiedelehring

EUROPA POSTER

Viele Tonnen von Broschüren zur Europa-Wahl -gedruckt auf teurem Hochglanzpapier - werden wohl in den nächsten Wochen von den SPD-Bezirken eingesammelt und eingestampft werden. Haben alle diese Schriften nach der Wahl keinen Aussagewert mehr?

VORAN hat zur Europa-Wahl ein Poster gedruckt, dessen Aussage - FÜR EIN SOZIALISTISCHES EUROPA KÄMPFEN - auch und gerade nach der Wahl ihre Bedeutung behält.

Es geht nicht darum, ein Europa der Staatengemeinschaft zu schaffen, sondern die Staatsgrenzen überhaupt, die nur künstlich von den Herrschenden geschaffen wurden, niederzureißen. In Bildsprache: ein starker Arbeiterarm

hält das rote Banner (in Form des europäischen Kontinents) der Arbeiterbewegung. Die im oberen Teil befindlichen Poster von Marx, Engels, Liebknecht und Rosa Luxemburg machen deutlich, an welchen Traditionen die Arbeiterbewegung anknüpfen muß, um die sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen!

Die Poster werden zum Solidaritätspreis von 5 DM verkauft. Der Verkaufserlös kommt dem Kampf-Fond zugute.

Interessenten mögen bitte vor ihrer Bestellung der Poster bei der Redaktion VORAN den Betrag von 5DM auf folgendes Konto überweisen: Angela Bankert, Pscha Essen. Nr.:24 22 50-432

VORAN IN EIGENER SACHE

Unsere Leser sind es gewohnt, ihre VORAN seit nahezu 4 Jahren zum Preis von 60 Pfg. zu beziehen.

Diese und die folgenden Ausgaben werden 80 Pfg. kosten. Höhere Druck-, Herstellungs- und Versandkosten machen diese Preis-erhöhung notwendig. Nur so kann sichergestellt werden, daß die VORAN weiterhin monatlich die Kolleginnen, Kollegen und Genossen erreicht und mit ihrer Hilfe für eine konsequent sozialistische Politik der Arbeiterbewegung kämpft.

Türkische Faschisten machen in der BRD mobil:

STOPPT DIE »GRAUEN WÖLFE«!

In den 30er Jahren mußte die Arbeiterbewegung am eigenen Leibe erfahren, welche schrecklichen Folgen es für sie hat, wenn sie sich den Faschisten nicht von Anfang an entgegstellt.

Schon wieder müssen wir uns bieten lassen, daß Faschisten offen auf den Straßen demonstrieren. Gleichzeitig versuchen bürgerliche Zeitungen und Politiker, die faschistische Gefahr zu verharmlosen. Überall muß sich die Arbeiterbewegung in Europa die gleichen Lügen und Verfälschungen anhören, in Großbritannien, in Italien und in der BRD. Noch haben die Faschisten zwar keine starke Massenbewegung um sich gesammelt, die kurz vor der Machteroberung steht. Aber sie können es wagen, auf die Straßen zu gehen, weil die organisierte Arbeiterbewegung keinen Ausweg aus der Krise des Kapitalismus aufzeigt. Und solange ihre Aktivitäten nicht im Keim erstickt werden, besteht auch die Möglichkeit, daß sie weiter wachsen und erstarken.

Am Nachmittag des 20. Mai marschierten ca. 10 000 Türken vor unserer Haustüre in Köln vorbei. Sie werden von der sogenannten "Idealisten-Föderation" angeführt. Diese Organisation ist eine faschistische Vereinigung der MHP (nationalistisch-faschistische Oppositionspartei in der Türkei). Hier ist sie besser bekannt unter der Bezeichnung "Graue Wölfe", die türkische Arbeiter in der BRD terrorisieren, einschüchtern und unter Morddrohungen Geldspenden von ihnen erpressen. Unmittelbarer Anlaß der Demonstration waren Sendungen des Westdeutschen Rundfunks (WDR), die versucht haben, diese türkische Fa-

schistenbande zu entlarven. Es steckt jedoch noch etwas ganz anders dahinter: in der Türkei haben die "Grauen Wölfe" einen systematischen Feldzug gegen die organisierte Arbeiterbewegung gestartet. Angriffen auf gewerkschaftliche, sozialdemokratische und kommunistische Versammlungen, Bomben- und Brandanschläge auf Gewerkschafts- und Parteibüros fielen Hunderte von türkischen Arbeiter zum Opfer. In der Türkei sind sie deshalb bei ihren Landsleuten nicht nur unbeliebt, sondern gehaßt. Ihren schlechten Ruf wollen sie jetzt, wenigstens in Westeuropa, loswerden. Sie versuchen, ein "respektables" Ansehen zu erlangen. Schon seit Wochen liefern in ganz Europa die Vorbereitungen für diese Demonstration. Das war offensichtlich durch die gut bedruckten Transparente und das durchaus disziplinierte Verhalten der Demonstranten. Eine anscheinend starke Organisation konnte deshalb viele unorganisierte Arbeiter verwirren und momentan mit sich ziehen. Es wäre aber ein großer Fehler, zu glauben, alle 10 000 Demonstranten seien Faschisten gewesen. Aber ohne den politischen und körperlichen Widerstand der Arbeiterbewegung konnte die kleine Minderheit echter Faschisten viele türkische Kollegen mobilisieren, die eigentlich die Arbeiterbewegung gewinnen kann und muß. Vor allem in der türkischen Bevölkerung, die ohnehin durch die "Gastarbeiter"-Gesetze und die Behörden allgemein in der BRD benachteiligt, diskriminiert und unterdrückt ist, könnten diese Leute eine Kraft bilden, die später eine sehr ernstzunehmende Gefahr wäre, wenn sie

nicht heute schon bekämpft wird.

Der WDR mag vielleicht eine gute Arbeit leisten, wenn er versucht, diese Leute zu entlarven, aber er kann sie nicht in ihren Aktivitäten hindern. Dafür muß die Arbeiterbewegung selbst die Verantwortung übernehmen. Sie sollte hierfür selbstverständlich die Information benutzen, die der WDR liefert. Faschisten sind Experten mit Lügen und Verfälschungen. Schlecht informierte und unorganisierte Arbeiter können sie leicht irreführen, in dem sie ein Paar Leute im WDR oder einige Arbeiterführer als "Kommunisten" beschimpfen. Es fällt ihnen auch leicht, die Nachrichten aus der Türkei zu verfälschen, besonders wenn die hier erhältliche türkische Presse sowieso den Interessen der Unternehmer dient und ihnen in die Hände spielt.

Aber sie könnten ihre Landsleute nicht so einfach täuschen, wenn sie sich dem vollen Gewicht der Arbeiterbewegung gegenübersehen. Nur wenn SPD und DGB in einer offensiven Gegenkampagne die Lügen der Faschisten und ihre wahren Ziele entlarven, können die fehlgeleiteten Anhänger von ihnen weggewonnen werden. Nur wenn sich die Faschisten bei einer solchen Demonstration 30. - 50.000 Sozialisten und Gewerkschaftern gegenübersehen, die entschlossenen Widerstand leisten, besteht die Möglichkeit, ihren Vormarsch zu stoppen. In allen anderen Fällen, wo solcher Widerstand geleistet wurde, wie z. B. in Großbritannien, verschwand ihre Unterstützung und ließ hinter sich einen kleinen Teil, der leicht zu zerstören ist.

Man muß dem Unterbezirksvor-

stand der Kölner Jusos Beifall dafür spenden, daß er mindestens einen Antrag auf eine Gegen-Demonstration an den Polizeipräsidenten einreichte. Aber halberzögeriger Widerstand ist überhaupt kein Widerstand. Als der Polizeipräsident bekanntgab, daß die Demonstration der Faschisten doch stattfinden dürfte, die Gegen-Demonstration aber "im Interesse der öffentlichen Sicherheit" nicht erlaubt werden würde, akzeptierte der Vorstand diese "Argument" und gab sogar bekannt, daß die Jusos nicht mobilisieren würden. Wir müssen fragen: seit wann hat die Polizei das Recht, zu sagen, daß Faschisten marschieren dürfen? Und: ist eine Demonstration nur von Faschisten "im Interesse der öffentlichen Sicherheit"? Per Zufall hatten die Jusos eine einmalige Gelegenheit, Tausende der eigenen Mitglieder, Falkenmitglieder und anderer jungen Leute kurzfristig zu einer Gegen-Demonstration aufzurufen. Am Samstag-Abend, dem Vorabend der geplanten Demonstration, fand eine Kultur-Großveranstaltung der Jusos in der Kölner Sporthalle statt, an der nach Presseberichten 7.000 junge Leute (bestimmt nicht Faschistenfreunde!) teilnahmen. Eine kurze Erklärung der Hintergründe der Situation und ein offensiver Aufruf hätten genügt, einen grossen Teil des Publikums für den nächsten Tag zu mobilisieren!

Aber das eigentliche Rückgrat eines starken Widerstandes gegen die Faschisten - die in SPD und DGB organisierte Arbeiterbewegung - fehlte überhaupt. Es ist skandalös, daß die örtlichen Ver-

waltungsstellen von DGB und SPD nicht den geringsten Versuch unternahmen, die türkischen und deutschen Arbeiter in Köln gegen den Aufmarsch der "Grauen Wölfe" zu mobilisieren.

Die Unterstützung für die Politik dieser Faschistenorganisation kann erst dann untergraben werden, wenn:

▶ türkische Arbeiter und ihre Familien in der BRD das volle Wohn-, Ausbildungs- und Arbeitsrecht haben und die sogenannte "Stichtagsregelung" wegfällt, die dies verhindert!

▶ DGB und SPD aktiv für eine Lösung der besonderen Probleme der türkischen Kollegen kämpfen!

▶ die SPD als gewählte Partei das Recht ausüben kann, Aufmärsche faschistischer Organisationen zu unterbinden und nicht ein ungewählter Polizeifunktionär die Vollmacht hat, diese zu erlauben, während Gegendemonstrationen verboten werden!

▶ SPD und DGB eine offensive Aufklärungskampagne über die wahren Ziele der türkischen und deutschen Faschisten starten, die mit Terror, Mordanschlägen und Erpressung arbeiten!

▶ SPD und DGB ihren Bruderorganisationen in der Türkei politische und finanzielle Unterstützung anbieten!

von H. Batsch (Mitglied von SPD und ÖTV), Langenfeld; F. Bull (Mitglied von SPD und IG Bau), Köln; S. Garvie (Mitglied der IG Metall), Köln

NACHTRAG:

Am 30. Mai fand in Köln doch noch eine Protestkundgebung gegen die Aktivitäten der "Grauen Wölfe" statt. Aufgerufen hatten die Kölner Jungsozialisten, der DGB und die türkischen Arbeitervereine IDEF und HDF. Die überwältigende Mehrheit der 2000 Demonstranten bestand aus türkischen

Kollegen, die fast alle ihre Familien mitgebracht hatten. Viele waren Hunderte von Kilometern angereist. Um ihre Abscheu vor dem faschistischen Bandenunwesen zum Ausdruck zu bringen. Bleibt zu hoffen, daß beim nächsten Auftreten der "Grauen Wölfe" die deutsche Arbeiterbewegung Widerstand noch für den selben Tag organisiert - und nicht erst 10 Tage später!

Kirche und Gewerkschaft:

EINEN TARIFVERTRAG FÜR ALLE KIRCHENANGESTELLTEN

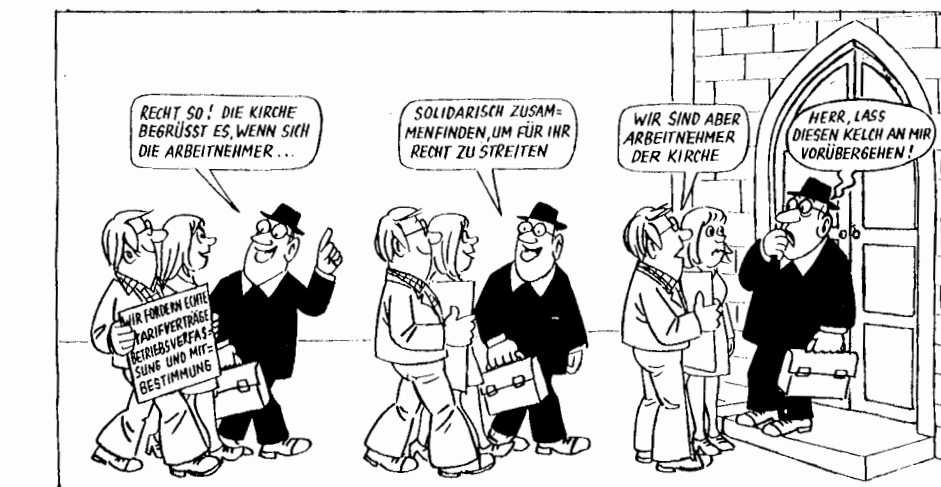
Der Großbetrieb Kirche, mit rund einer halben Million gewerblicher Mitarbeiter, nach der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) der zweitgrößte Arbeitgeber in der BRD, konnte sich bisher von "weltlichen" Einrichtungen wie Mitbestimmung, Betriebsräten und Tarifverträgen drücken. Lediglich zwischen der Landeskirche Schleswig-Holstein und der ÖTV besteht seit dem Jahr 1962 ein Tarifabkommen, das aber gefährdet ist, seit die Schleswig-Holsteinischen Protestanten in die Nordelbische Kirche eingemeindet wurden. Dieses Abkommen läuft fristgemäß in diesem Monat ab.

Obwohl sich die Kirche in weiten Teilen des Landes an den Besoldungsgruppen des Öffentlichen Dienstes orientiert, lassen sich die Kirchenherren in der Regel nicht auf Verhandlungen mit Arbeitnehmerorganisationen darüber ein, wie sie ihre Bediensteten zu entlohnen haben. So kommt es zu einer recht willkürlichen Bezahlung der kirchlichen Arbeitnehmer. Auch andere arbeitsrechtliche Dinge wie Arbeitszeit, Kündigungsfristen, Probezeit, Dienstzeit, Sozialbezüge, Urlaub usw. sind durch Kirchengesetz festgelegt und können jederzeit durch neue Kirchengesetze, ohne Mitspracherecht der Betroffenen, beliebig verändert werden.

Zwar gibt es seit etwa 20 Jahren in der kirchlichen Arbeitswelt sogenannte "Mitarbeitervertretungen", die in Konfliktfällen vermitteln sollen. Diese müssen sich jedoch auch an die kirchlichen Gesetze halten und haben rein formell, außer bei Neueinstellungen, kein Mitbestimmungsrecht.

Seitens der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) ist man scheinbar auch nicht mehr so glücklich über die bisherige Regelung. So wird zur Zeit an einem Arbeitsrecht-Regelungsgesetz gearbeitet, das einerseits die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Kirche in allen Bereichen sichern und gleichzeitig einen Anschein von Demokratie erwecken soll.

Rechtlich gesehen, ist dieses Gesetz



zweifelsfrei eine Regelung der Arbeits- und Vergütungsbedingungen auf einseitiger Grundlage. Denn wieder regelt ein Kirchengesetz Abschluß, Gestaltung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen. Das bedeutet, daß der Arbeitgeber (die Kirche) wesentliche Grundelemente des Arbeitsverhältnisses selbst durch Eigengesetz festlegt, so z. B.: Bildung, Aufgaben- und Zielsetzung eines "Arbeitsrechtsausschusses" sowie dessen Zusammensetzung; außerdem die Bestimmung, wer als Vertreter der Arbeitnehmer anzusehen ist und was Dauer, Ruhen und Erlöschen dieses Amtes betrifft.

Wenig tröstlich ist es da, daß die Vertreter in diesem Ausschuss von den Kollegen gewählt werden können, was dem Ganzen einen demokratischen Anschein gibt.

Werden arbeitsrechtliche Fragen durch ein Kirchengesetz geregelt, so besteht immer die Möglichkeit, ein kircheneigenes Gesetz durch neue kirchengesetzliche Regelungen einzuschränken oder zu ändern. Dadurch hat die Kirche als Arbeitgeber ein einseitiges Machtmonopol. Bei einem Tarifvertrag bedürfte dies immer der Zustimmung beider Tarifvertragsparteien, also auch der Gewerkschaft.

Man darf auch nicht außer Acht lassen, daß in den "Arbeitsrechtsausschüssen" Vorgesetzte mit ihren Untergebenen verhandeln, die keinen besonderen Schutz genießen wie etwa ein Personalrat.

Die Mitglieder dieser Ausschüsse sind in Hinblick auf Dienstposten, Gehalt und Arbeitsbedingungen abhängig vom Kirchlichen Arbeitgeber.

Eine Verhandlung zwischen zwei so ungleichen Parteien wird dadurch von vornherein zur Farce, denn wer sich als Arbeitnehmer im Dienste der Kirche nicht fügt, erleidet schnell Repressionen oder er fliegt - so jedenfalls sieht die momentane Praxis aus. Dies hat zur Folge, daß die meisten der Kollegen sich einschüchtern lassen und es nicht wagen, ihre Meinung offen zu sagen.

Bisher ist nur eine Minderheit in der Gewerkschaft ÖTV organisiert. Unsere erste und wichtigste Aufgabe als Gewerkschafter ist es deshalb, die Ungerechtigkeiten gegenüber Arbeitnehmern in kirchlichen Einrichtungen aufzudecken, die Kollegen von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeit zu überzeugen, Betriebsgruppen zu gründen, und sich offen für den Abschluß von Tarifverträgen einzusetzen.

Unsere Forderungen müssen lauten:

1. Tarifvertrag für alle kirchlichen Arbeitnehmer!
2. Freie gewerkschaftliche Arbeit in der Kirche!
3. Zugangsrecht für Gewerkschaftsvertreter bei Mitarbeiterversammlungen!
4. Streikrecht für alle Kirchenbediensteten!

von Erhard Schroll, Mitglied der ÖTV, Heilbronn/Schwäbisch Hall

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto Hans Gerd Öfinger, Postscheckamt Essen Nr. 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFOMATERIAL

Name:

Adresse:

Redaktion "Vorán" 563 Ramscheid, Hammesbergerstr. 75